

Bezugspreis: Vierteljahr 1.50 RM., monatlich 1.20 RM., wöchentlich 50 Pf. frei im Haus...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 7. November 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Helfferich-Krise.

Helfferich soll bleiben! - Payer abgelehnt? - Friedberg verzichtet.

Wir sind noch nicht über den Berg! Graf Hertling hat mit den Parteien verhandelt, und als er seine Berufung an-

Die Linke hat den Grafen Hertling keinen Augenblick darüber im Zweifel gelassen, daß der Eintritt Helfferichs, seine Erhebung durch einen Fortschrittler...

Ueber Nacht ist dem Deutschen Reich ein neuer starker Mann entstanden. Er heißt Dr. Helfferich, und er beabsichtigt, lieber alles drüber und drunter gehen zu lassen...

Bleibt Helfferich, so kann Payer nicht kommen. Gegen die Ernennung dieses Fortschrittlers zum Vizekanzler ist also die Rechte nicht vergebens Sturm gelassen...

Herr Friedberg, der Führer der nationalliberalen Landtagsfraktion, hat unter diesen Umständen seine Berufung zum Vizepräsidenten des preussischen Ministerrates abgelehnt...

Die Gerechtigkeit, die bei ihm anfänglich dazu vorhanden war, beruhte ganz wie beim Grafen Hertling auf vaterländischem Pflichtgefühl, seinerseits dazu beigetragen, daß die Krisen und Krisenimmungen endgültig beseitigt werden...

Es ist richtig, daß Graf Hertling nicht mit der Absicht gekommen ist, eine einseitige Politik zu treiben, aber es scheint schon wieder, als ob die Politik, die im Namen des Reichskanzlers getrieben werden soll...

Der Tagliamento auf ganzer Front überschritten - Aufgeben der Gebirgsfront - Artilleriekampf und englische Angriffe in Flandern - Anschwellende Feuer-tätigkeit bei St. Quentin, an Ailette und Maas, im Sundgau.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 6. November 1917. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Operationsgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern setzte nach tagsüber lebhaftem Störungsfeuer gestern abend harter Artilleriekampf ein, der zwischen dem nördlichen Teil der Pter-Kiederung und dem Kanal von Comines...

Starke englische Infanterie hat dann beiderseits von Passchendaele und an der Straße Menin-Ipern angegriffen.

Bei den anderen Armeen, insbesondere bei St. Quentin, längs der Ailette, auf beiden Ufern der Maas und im Sundgau...

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz und an der mazedonischen Front ist die Lage unverändert.

Italienische Front.

Die Tagliamento-Linie ist von uns gewonnen!

Die Italiener sind zwischen Gebirge und Meer erneut im Rückzug; Brände kennzeichnen ihren Weg durch die oberitalienische Ebene.

Die Erklüpfung des Nierwechsels am Gebirgsrande durch angreifereudige deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen...

Fluskaufwärts bis zum Jella-Tal hielten gestern italienische Brigaden noch Stand.

Der Druck unseres Vordringens hat die Italiener auch zur Aufgabe ihrer Gebirgsfront veranlaßt; vom Jella-Tal bis zum Colbricon, nördlich des Eugana-Tales...

Die weiteren Operationen der verbündeten Armeen sind eingeleitet.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 6. November 1917, abends. Amtlich. Die Frühangriffe der Engländer führten tagsüber zu Kämpfen um Passchendaele; bei Ghelubelt brach der feindliche Ansturm ergebnislos und verlustreich zusammen.

Der Tagliamento ist auf der ganzen Front überschritten; die Verfolgung ist im Vorschreiten.

Der österreichische Bericht.

Wien, 6. November 1917. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der aus dem Raume von Ossoppo-Pinzano geführte Stoß der Verbündeten hat den italienischen Widerstand an der ganzen Tagliamento-Front gebrochen.

Im Bereich des obersten Tagliamento warfen Truppen des Freiherrn v. Aradaru den Feind aus seinen Feld- und Gebirgsstellungen östlich des Cadore.

Unsere neuen Erfolge konnten auf die Diplomatenfront nicht ohne entscheidenden Einfluß bleiben; vom Kreuzberg bis über den Kollepah hinaus ist der Feind zum Rückzuge gezwungen.

Seit Mai 1915 streckt der Italiener seine begehrliche Hand nach dem Puster-Tal aus und nach Bogen, dem Herzen Tirols.

Westlicher Kriegsschauplatz und Albanien. Nichts Neues.

Der Chef des Generalstabes.

ein Reif in der Novembertnacht vom Montag auf den Dienstag!

Die Wünsche der Parteien, die damals als durchaus berechtigt anerkannt wurden, heute aber schon als „zu weitgehend“ gelten, bezogen sich auf die Herstellung einer Art politischen Gleichgewichts innerhalb der Regierung.

Die Vereinigung des Zentrums und der Nationalliberalen in der Regierung unter Ausschaltung der gesamten Linken muß auch auf die Parteiverhältnisse im Reichstag...

durch Hinzuziehung der Konservativen, und dies ist auch offenbar das Ziel, auf das von einigen „weitsichtigen“ Politikern hingearbeitet wird.

Die Sozialdemokratie würde sich auch gegenüber einer Regierung, an der Fortschrittler teilnehmen, der grundsätzlichen Unterschiede bewußt bleiben, die sie von ihr trennen, könnte aber einer solchen Regierung zur Erfüllung ihres Programms ihre Unterstützung gewähren.

In den heutigen Verhandlungen wird noch einmal versucht werden, einen Ausweg aus dieser verfahrenen Lage zu gewinnen. Es muß aber gleich gesagt werden, daß er in dem Bleiben Helfferichs und in der Schaffung eines Staatssekretariats für die besetzten Gebiete...

Führen die Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis, dann kann Graf Hertling sein Amt, wenn er es für richtig hält, behalten. Aber seine Mission wird trotzdem gescheitert sein.

Um den Vizekanzler.

Der Streit um die Nachfolgerschaft Helfferichs findet in der Presse lebhaftes Echo. Die liberalen Blätter führen eine aufrichtig entschlossene Sprache und heben hervor, daß es sich nicht um eine Prinzipienfrage handle. Zu der Weigerung des Grafen Hertling, einens Fortschrittler in das Amt des Vizekanzlers zu berufen, schreibt die „Vossische Zeitung“:

„Wenn Graf Hertling auf diesem Standpunkt weiter beharrt, so kann von einer völligen Lösung der Kanzlerfrage gar keine Rede sein. Es handelt sich bei der ganzen Angelegenheit keineswegs um einen Personen- oder Parteistreit.“

„Denn darüber muß sich der neue Standpunkt weiser bebaren, so kann von einer völligen Lösung der Kanzlerfrage gar keine Rede sein. Es handelt sich bei der ganzen Angelegenheit keineswegs um einen Personen- oder Parteistreit.“

Die „S. Z. am Mittag“ stellt fest, daß durch die Weigerung des Grafen Hertling seine parlamentarische Lage „mit einem Schlag wieder undenkbar“ geworden ist. Mit größter Entschiedenheit schreibt auch das „Berliner Tageblatt“:

„Graf Hertling hat die Wahl für die Mehrheit, und ganz besonders für die Linke, gibt es eine Wahl nicht mehr. Will Graf Hertling ein Kongler gegen den Reichstag sein, dann gut! Er mache den Versuch! Nicht eine Minute länger kann und darf ihm Vertrauen gewährt werden, wenn er seine gestrichelten oder stillschweigend gegebenen Zusicherungen nicht hält. Er muß wissen, ob er die ihm aufrichtig, loyal, im Interesse der allgemeinen Beruhigung dargebotene Unterstützung der Volksvertretung haben will — der Vertretung des Volkes, das in diesem Krieg bewundernswert Opfer bringt und alle Kosten trägt. Die Reichstagsmehrheit wird nicht bis zum 22. November warten, um dem Grafen Hertling noch einmal ihre Wünsche und Bedingungen zu sagen, sie wird das schon heute tun und hat es wohl schon getan. Wird ihr kein Gehör gegeben, so wird sie am 22. November vor dem ganzen Lande die Situation darlegen, auf die reaktionären Treibereien hinweisen müssen, und selbstverständlich wird sie dann durch eine entsprechende Tagesordnung die Konsequenzen aus dem Verhalten des neuen Reichskanzlers ziehen.“

Während Herr Helfferich noch immer der Krone seine Unentscheidlichkeit zu suggerieren sucht, wendet sich auch ein Teil der alldeutschen Presse offen von ihm ab. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt:

„Der selbe Name, der schon die Regierung Bethmanns am stärksten mit belastete, derselbe, der dem Kaiser Michaelis zum Verhängnis wurde, wird jetzt auch für den Grafen Hertling bei seinen ersten Schritten auf dem neuen Wege zum Stein des Anstoßes: Helfferich. Gewiß, Herr Helfferich, der unerschrockene Reutabder, hatte es doch endlich selbst für gut befunden, sein Amt schuldig dem Kaiser zur Verfügung zu stellen; aber seine Heberzeugung von seiner Unentscheidlichkeit schreit nachgerade suggestiv gewirkt zu haben. Wie man jetzt hört, kann man sich noch nicht entschließen, Herrn Helfferich nun auch wirklich gehen zu lassen. Und die Welt weiß, wie gern er bleibt. Es soll aber in oberen Sphären immer noch Leute geben, denen es Herrn Helfferichs Umgang mit Menschen, insbesondere mit Parlamentariern, nun einmal angeht. Trotzdem halten wir Herrn Helfferich persönlich für aus- und abgetan.“

Künftig optimistisch urteilt die „Germania“. Sie schreibt: „Auch die Verhandlungen über den Eintritt fortschrittlicher Abgeordneter in die Regierung bieten Aussicht auf eine günstige Lösung. Sie sind allerdings noch nicht abgeschlossen, es darf aber angenommen werden, daß sich die Schwierigkeiten, die noch im Wege stehen, beseitigen lassen. Insbesondere handelt es sich dabei um den Rücktritt des Vizekanzlers Dr. Helfferich, von dem die „Vossische Zeitung“ sagt, daß gewisse Persönlichkeiten in der Umgebung des Monarchen all ihren Einfluß geltend machen, um ihn zu halten. Sowie wir hören, sind sich die Mehrheitsparteien über die Notwendigkeit seines Rücktritts einig und man sieht diesen als sicher an. Mit gutem Recht muß man von der Vaterlandsliebe Dr. Helfferichs erwarten, daß er nicht den erwünschten Persönlichkeiten zu Willen ist, sondern daß er seine Schwierigkeiten macht und das tut, was das Gebot der Stunde von ihm verlangt.“

Die konservative Presse ergeht sich in den üblichen Klagen über die Nachgiebigkeit der Reichheitsparteien, die Anstiftung der Rechte der Krone usw.

Die Wirkung aufs Ausland.

B. L. W. gibt in den letzten Tagen mit dankenswerter Ausführlichkeit die ausländischen Stimmen wieder, die den großen und günstigen Eindruck der politischen Neuordnung in Deutschland auf das Ausland widerspiegeln. So meldet es jetzt wieder aus Stockholm vom 6. November:

„Dagens Nyheter“ schreiben in einem Artikel, der Durchbruch des Parlamentarismus in Deutschland und der Heberung vom Obrigkeitsstaat zu dem parlamentarischen Regierungssystem sei endgültig und unwiderruflich vollzogen. Auch „Svenska Dagbladet“ nennt den Grafen Hertling in einer Heberschrift „Deutschlands ersten parlamentarischen Kanzler“.

Es ist schmerzlich, angeblickt der neuesten Ereignisse hinter dieses Urteil des Auslandes schon wieder ein Fragezeichen setzen zu müssen. Diejenigen, die den Durchbruch des Parlamentarismus noch in letzter Stunde abzurufen versuchen und damit den Propheten der deutschen inneren Konflikte wieder Oberwasser geben, erweisen dem Reiche offenbar einen schlechten Dienst.

Rußlands vergessene Friedensformel.

Stobelew gegen Tereßschenko im Vorparlament.

Petersburg, 6. November. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Vorparlament lehnte die Aussprache über die äußere Politik fort.

Der Führer der Partei der populären Sozialisten Brieschewski erklärte u. a.: Es ist zweifellos, die Allierten aufzufordern, ihre wirklichen Kriegsziele genau zu bezeichnen und der Welt zu sagen, daß sie nur einen Verteidigungskrieg führen. Wenn die Feinde dies anerkennen und ihre Zustimmung geben, die Grundbedingungen der Allierten anzunehmen, dann könnte man ihnen vorschlagen, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Darauf sprach der zukünftige Vertreter der russischen Demokratie auf der Pariser Konferenz Stobelew. Er knüpfte an das historische Datum des 12. März an und zog den Trennungskrieg zwischen der auswärtigen Politik des neuen und des alten Rußlands. Die Fassung des ersten hätte die Inschrift: Eroberungen, die des zweiten: Verteidigung. Die alte Regierung erstrebte die Verlängerung des Krieges, die neue entfaltete Eifer für sofortigen Friedensschluß. Das Programm der revolutionären Demokratie vom 27. März sei

von der Regierung angenommen worden und lege ihr gebieterisch die

Notwendigkeit, eine neue Politik einzuleiten,

auf. Unglücklicherweise, so sagte Stobelew, mache der Minister des Aeußern, der Miljukow erst hat,

keine genügend kräftigen Anstrengungen,

die russische Politik in diesem Sinne zu ändern. Der Redner erklärte es für sehr gefährlich, daß der erste und wichtigste Teil der demokratischen Friedensformel, nämlich ihre sofortige Verwirklichung, in Vergessenheit geraten sei. Stobelew erklärte, die russische Demokratie erachte den Krieg niemals als Quelle der Zivilisation, sondern suchte immer die durch den Krieg aufgeworfenen Fragen im Geiste der Zivilisation zu lösen. Wir mühten, fuhr der Redner fort, sofort nach Kriegsende allen unterdrückten Ländern die Versicherung geben, daß das alte Rußland, dessen Regimente die polnischen Aufstände und die ungarische Revolution 1848 unterdrückt, nicht mehr vorhanden sei. Alle im Kriegsverlauf entstandenen Fragen, so erklärte ferner Stobelew, mühten im Sinne der russischen Demokratie und insobedessen in dem aller Demokratien der Welt gelöst werden. Das Wichtigste standnis über die belgische Frage sei durch die Anweisung des Arbeiter- und Soldatenrats entstanden; es sei aber aufgeklärt und die darüber vom Arbeiter- und Soldatenrat gegebenen Erklärungen gäben dem belgischen Gesandten volle Genugtuung.

Ueber Etsch-Lotrungen

besiehe zwischen der russischen und französischen Demokratie keine Meinungsverschiedenheit. Was Polen anbetrifft, so hat die russische Demokratie ihr Möglichstes getan und wird es auch in Zukunft tun, damit das polnische Volk auf dem Schauplatz der Welt so einig als möglich und als unabhängiger Staat auftreten kann. Das armenische Volk wird ebenfalls die Gewähr seiner künftigen politischen Freiheit haben, wenn es nur genug Kraft für ein unabhängiges Dasein besitzt wird. Serbien wird von neuem aufrecht stehen müssen. Schließlich ist noch eine Reihe anderer nationaler Fragen, welche mittelbar oder unmittelbar in Zusammenhang mit dem Kriege stehen, auf dem künftigen Friedenskongreß in demokratischem Geiste zu entscheiden. Zu diesem Zweck spannt die russische Demokratie alle Kräfte an, um im Lande den demokratischen Geist aufrecht zu erhalten, der unerlässlich ist, um es bis zu dem Friedenskongreß zu führen. Der Redner ging dann zu den

Anweisungen des Arbeiter- und Soldatenrats

über und betonte vor allem anderen den hervorragenden Dienst, welche sie besonders dadurch geleistet hätten, daß sie die Kriegs- und Friedensfragen auf die Tagesordnung und zur öffentlichen Erörterung gestellt hätten. Die Mitglieder der Abordnung der russischen Republik zur Pariser Konferenz werden eng zusammenhalten müssen; denn sie werden den Willen des revolutionären und gereinigten Landes zum Ausdruck zu bringen haben. Um jedes Mißverständnis aus dem Wege zu räumen, erinnerte Stobelew daran, daß die Regierung kürzlich erklärt habe, sie werde unter den anderen Vertretern auch durch einen Beauftragten der russischen Demokratie vertreten sein. Zum Schluß sagte er: „Was ist unbestreitbar, nämlich, daß der Wille der russischen Demokratie auf dem Gebiete der politischen Fragen die schnellste Verwirklichung des Friedens erstrebt. In diesem Zweck mühte die Regierung unverzüglich den Bundesgenossen vorschlagen, die Ziele, für die man den Krieg weiterführt, miteinander in Einklang zu bringen und von einer Politik des Hinter-dem-Berge-Gallens zu offenen Schritten überzugehen, indem die gegnerische Seite im Namen aller Allierten zur Besprechung der Friedensbedingungen aufgefordert wird.“

Darauf hielt der Minister des Aeußern Tereßschenko eine Rede, in der er sagte:

„Ich muß einige, im übrigen ganz kurze Einwendungen machen. Man hat der russischen auswärtigen Politik vorgeworfen, daß sie nicht tätig genug sei und häufig ungleich vorgehe. Aber ich habe hier schon erklärt, daß unsere auswärtige Politik von unseren inneren Angelegenheiten abhängt. Diese haben infolge einer langen Anarchie, die sich immerzu verschärft, das allgemeine Leben des Staates zu diesem peinlichen Zustand gezwungen. Ich erkläre, daß das Ministerium des Aeußern entschieden gegen dieses Uebel angeknüpft hat, indem es die im Monat Mai eingenommene Stellung zu behaupten suchte. Es hat diese auch nicht aufgegeben, wie dies gewisse Vereinigungen getan haben, wenn man ihre im März abgegebenen Erklärungen mit den heutigen vergleicht. Wir haben diese Stellung verteidigt und ich erkläre offen, daß

der Friede vor dem 16. und 18. Juli und vor unserer Niederlage nahe war. Aber es kamen dann peinliche Ereignisse und danach der Herbst, der uns mit allerlei Ungemach bedrohte. Ich konnte nicht die Lebensinteressen Rußlands opfern.“

Wenn das alles Wesentliche ist, was Tereßschenko auf den Angriff Stobelews erwidert hat, so darf man sagen, der russische Außenminister sei bemüht gewesen, eine durchaus klare und gerade Antwort zu umgehen. Der Schlußsatz zeigt, daß es ihm darauf ankam, den von Stobelew abgeschossenen Pfeil, der die Kadetten im allgemeinen und ihn im besonderen trifft, auf die Sowjetgruppe zurückzuführen. Denn die Lage vom 16. zum 18. Juli brachten den Aufstand in Petersburg zum Ausbruch, der dem kadettischen Ministerium den Garaus machte. Tereßschenko will also, daß aus seinen Worten herausgehört werde, der Sturz der Kadettenregierung habe den Frieden, der schon nahe gewesen sei, in eine endlose Ferne weggeschickt. Natürlich ist dabei nicht ein Friede gemeint, der aus Abscheu gegen den Krieg durch Verständigung von Feind zu Feind gewonnen wäre, sondern jener von der Entente erstrebte Friede auf Grund der Niederlage der Mittelmächte auf dem Schlachtfelde. Tereßschenko will sagen, diese Niederlage sei im Sommer so gut wie erreicht gewesen und nur durch die revolutionäre Zerwühlung der russischen Oeere sei die Verwirklichung des nahen Friedens zertrümmert worden. Ein echt kadettisches Taschenspielerstück! Aber es entspricht aufs Haar dem Schema der gegen den Friedenswillen der Revolution von unten gerichteten kadettischen Politik.

Tereßschenko-Krise?

Rücktritt des russischen Kriegsministers Werchowski.

Es kriselt schon wieder in der russischen Regierung. Der Außenminister Tereßschenko hat mit seinen Erklärungen im Vorparlament schlecht abgeschnitten. Kaum eine Partei zeigt sich mit ihm zufrieden, und so taucht die Ansicht auf, er werde sich nicht mehr halten können. Sogar ein Nachfolger wird schon angedeutet; von den Kadetten unterstützt wird der Name Rabolow genannt. Tereßschenko wurde sowohl von den Kadetten als auch von den Sozialisten als unzulänglich angesehen; daß er dennoch im Amte

bleiben konnte, erklärt sich durch die Unentschiedenheit der auswärtigen Politik der provisorischen Regierung aller Zusammengehungen, mit Ausnahme der ersten. Die Ernennung Rabolows zum Minister des Aeußeren — wahrscheinlich ist Wladimir Rabolow gemeint — wäre allerdings sehr merkwürdig und würde eine entschiedene Schwankung zum Entschiedenem bedeuten.

Rabolow ist einer der markantesten Kadetten, gehört ihrem Zentralvorstande an. Er ist ausgeprägter Anglomane, ist mit Leib und Seele auf der Seite der Entente-Kriegsziele. Im Kriege besuchte er mit einer Journalistenabordnung England und Frankreich und hat dann ein Buch „Im kriegsführenden England“ herausgegeben. Er gehört zum alten Adel, ist Großgrundbesitzer und hat als Rechtsgelehrter anerkannter Ruf. Vor der ersten Revolution wurde er von der Jarentregierung gemahregelt, mußte sein Professorenamt niederlegen und verlor seinen Posten als „Kammerjunker“. Er ist Herausgeber der ausgezeichneten Zeitschrift „Pravo“ (das Recht). Als Politiker trat er auf als Abgeordneter der ersten Duma (im Jahre 1906). Bei der provisorischen Regierung der ersten Zusammenfassung war er Chef ihrer Geschäftsführung.

Ein Bruder Wladimir Rabolows, der frühere russische Vot-

schaffsrat in London, ist seit dem Tode Bendenborffs der Geschäftsführer der russischen Botschaft in London. Er ist ganz Diplomat der alten Schule und war der Hauptbeteiligte an den Kadenschäften, mit deren Hilfe anlässlich der Stockholmer Konferenz die Ausschiffung von Hender son aus dem Ministerium gelang.

Der Nachricht, daß Tereßschenkos Stellung schwankte, folgt die Meldung der Petersburger Telegrammen-Agentur, daß der Kriegsminister Werchowski zurückgetreten ist. Ein Erlaß der Regierung beurlaubt den Kriegsminister aus Gesundheitsrücksichten auf unbestimmte Zeit und entbindet ihn gleichzeitig von seinem Amte. General Ranikowski, der Gehilfe des Ministers, wurde zum vorläufigen Stellvertreter des Ministers ernannt unter der allgemeinen Leitung des Ministerpräsidenten Alexanski. Wie die Petersburger Abendblätter melden, mißbilligten die Mitglieder der vorläufigen Regierung die Tätigkeit des Kriegsministers, insbesondere seine Ansichten auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, die öfters seinen internationalistischen Charakter entfalteten. Es erhob sich daher eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kabinett und dem Kriegsminister General Werchowski, der schließlich aus Gesundheitsrücksichten einen vierzehntägigen Urlaub verlangt habe.

Nach Meldung englischer Korrespondenten bezogen sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen Tereßschenko und Werchowski unter anderem auf die Demobilisation. Werchowski war gegen die Meinung vieler seiner Kollegen, daß aus ökonomischen Gründen mehr Männer aus der Armee entlassen werden mühten. Er hat also die Säuberung des Heeres von den allzu revolutionären Elementen nicht mitmachen wollen.

Werchowski ist also gezwungen worden, aus dem Amte zu scheiden und nach dem Kommentar der Petersburger Blätter hat ein Konflikt mit Tereßschenko den Rücktritt verursacht. Die Ansicht, der Außenminister stehe vor dem Sturz, wird dadurch freilich nicht unterstützt.

Die Vorgänge in Petersburg.

Petersburg, 5. November. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Arbeiter- und Soldatenrat von Petersburg wählte kürzlich einen revolutionären militärischen Ausschuß zur Herbeiführung einer engen Fühlung mit den Truppen der Hauptstadt. Heute richtete der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats Trotzky einen Aufruf an die Garnison von Petersburg, worin er sie auffordert, nur die von dem genannten Ausschuß gebilligten und geeigneten militärischen Befehle auszuführen. Gleichzeitig ernannte der Ausschuß Spezialkommissare und entbandte sie an alle wichtigeren Punkte der Hauptstadt und ihrer Umgebung. Die Abendblätter sehen diese Handlungen des Arbeiter- und Soldatenrats als den ersten Versuch der Maximalisten an, sich der Herrschaft zu bemächtigen. Man stand zu wissen, daß die Regierung entschlossen sei, diesem Versuch kräftig Einhalt zu tun und ihm ein für allemal ein Ende zu machen.

Petersburg, 4. November. „Central News“: Der gestrige Tag ist ruhig verlaufen; es fanden nur ein paar kleine Zwischenfälle statt, wobei viele Soldaten und Arbeiter in die Luft schossen. Die Regierung ergriff umfassende Vorkehrungen, um dem Auftreten der Volkswelt vorzubeugen. Ein Versuch, das Haus des Kadettenführers Miljukow zu plündern, wurde durch die Truppen verhindert.

Am 11. 24. Oktober wurde in Petersburg der von 100 Vertretern besetzte Kongreß der A- und S.-Räte für die nördlichen Provinzen eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde der bekannte Bolschewik Nödnick Arlenko gewählt. Der Vertreter der baltischen Flotte gab die Erklärung ab, die Flotte führe die operativen Befehle nur dann aus, wenn sie von den Armeekommissaren gekennzeichnet wären. Sollte die Regierung keine aktiven Schritte zur Herbeiführung des Friedens unternehmen, so würde die baltische Flotte selbst solche tun.

Der Vertreter des Regiments Wolynsk, desselben Regiments, das sich als erstes der Revolution angeschlossen hatte, gab die Erklärung ab, daß von ihm vertretene Regiment würde nicht einfach auf Befehl der gegenrevolutionären Regierung Petersburg verließen. Arlenko konstatierte am Schluß der Sitzung völlige Einmütigkeit in der Forderung nach Hebertrognung der ganzen Regierungsmacht auf die A- und S.-Räte.

Das Zentralkomitee der A- und S.-Räte wendet sich in einer längeren Erklärung gegen diesen Kongreß und erklärt ihn für eine bloße private Zusammenkunft einzelner A- und S.-Räte. Es fügt sich dabei darauf, daß bei Einberufung dieses Kongresses eine Reihe formeller Versuche gegen die Satzungen vorgekommen seien.

Bern, 6. November. Der russische Mitarbeiter des „Tand“ schreibt: Gortis Blatt „Kowaja Schina“ berichtet die militärische Abteilung der Arbeiter- und Soldatenräte habe beschlossen, daß alle in Frankreich stehenden russischen Regimenter sofort nach Rußland zurückbefördert werden sollen.

Ein Angebot Deutschlands an Frankreich?

London, 5. November. (Central News.) Im Unterhause wurde an Balfour die Frage gestellt, ob die Regierung Mitteilung über das Angebot machen wolle, das Deutschland durch Vermittlung von Briand an Frankreich gerichtet habe. Balfour erwiderte, er erachte es nicht für erwünscht, eine Frage zu beantworten, die eine Angelegenheit beträfe, die, wie man sagt, in einer geheimen Sitzung des Parlaments eines Bundesgenossen behandelt sei.

Dollarvorschuß für Rumänien.

Washington, 5. November. (Reuter.) Im Zusammenhang mit der Meldung, daß in London eine Konferenz stattgefunden hat, um

Parteinachrichten.

Freih Geyers Phantasie.

In einer Leipziger Versammlung hat Freih Geyer die Sozialdemokratischen Parteien, besonders aber die sozialdemokratische Fraktion beschuldigt, von dem geplanten Vorstoß Michailis genügt und ihn durch trübseligende Duldung gefördert zu haben.

Die Leipziger Volkszeitung hat aber das Stichwort Freih Geyers aufgegriffen und sich mit einer ellenlangen Umschreibung verknüpft, während die Kangerkreise beschleunigt auf die zweite Seite wanderte und auf ein Sammelverbum von Zeitungsstimmen hinausstieß.

Dabei suchten diese glorreichen Kämpen für Deutschlands Frieden und Freiheit eine Bemerkung der „Kreuzzeitung“ auszuschnitten, die aus den Verhandlungen der Siebenerkommission zu erzählen weiß:

Wir müssen heute hinzufügen, daß damals alle Parteiführer, mit Ausnahme allein der Deutschen Reichspartei, auf eine Frage des Kanzlers es als erwünscht erklärten, der Öffentlichkeit eine authentische Mitteilung über die Vorgänge in der Marine im gegebenen Augenblick zugänglich zu machen.

Dazu schwebten Schridemann und Ebert: Wie verhält es sich mit den erwähnten Mitteilungen für die Öffentlichkeit? Als die Besprechung der bekannten Vorgänge vollkommen erledigt war, ist die Frage erwogen worden, wie der Gefahr begegnet werden könne, daß die Vorkommnisse in Wilhelmshaven durch unkontrollierbare Gerüchte aufgebauscht und dadurch Schäden nach mancherlei Hinsicht hervorgerufen werden.

Gerade von uns ist verlangt worden, daß sofort allen Uebersetzungen durch eine Mitteilung in der Presse entgegen gewirkt werden möge. Unser Vorschlag ist diskutiert worden, hat aber leider nicht die allseitige Zustimmung gefunden.

Die von uns verlangte Mitteilung durch die Presse ist leider unterblieben. Wenn auch Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit unseres Vorschlags vorhanden waren, so bestand doch zweifellos vollkommene Uebereinstimmung darüber, daß in einer solchen Notiz irgendwelche Bezugnahme auf die unabhängige sozialdemokratische Partei ausgeschlossen sei.

Ebert und Schridemann haben also verlangt, daß alle Uebersetzungen jener bedauerlichen Vorfälle durch eine authentische Mitteilung erwidert werden. Sie wollten also das streits Gegenstand von dem, was Michailis mit seinem alle Welt überragenden Vorstoß erreicht hat. Sie haben aber nicht das mindeste von dem getan, was Geyer und die „L. B.“ ihnen andichten.

Schneidmännchen des Eiseren Parteibattes. Die „Eiserne Arbeiter-Zeitung“ feierte am 1. November ihr zehnjähriges Bestehen. Sie bringt aus diesem Anlaß einen Gedenkartikel, der wehrmüchtig der Parteibildung und des Todes ihrer besten Kämpfer, der Genossen Wilhelm Oßmann und Otto Riebau, gedenkt.

Die Arbeiter des Proletariats sind wieder schliefen werden. Ungeduld, den Frieden zu erzwingen, zu einer Zeit, in der er noch nicht erzwingen werden konnte, haben unsere Reihen zerrissen, aber gerade die kapitalistische Entwicklung während des Krieges werde sehr bald die Arbeiter zum Zusammenrücken im leidenschaftlichsten Kampfe für ihre Interessen zwingen. In dieser Ueberzeugung hofft auch die „Eiserne Arbeiter-Zeitung“ auf weitere lohnende Aufgaben der Arbeit.

Organisationen und Parteitag.

Am Sonntag nahmen die Kreisorganisationen von Mittweida, Limbach und Schöppan-Marienberg Stellung zu den Verhandlungen des Würzburger Parteitages. Im 15. Wahlkreis berichtete Genosse Stadtrat Endler, Mittweida. Die Kreisversammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden und billigte im besonderen die Haltung des Delegierten, der auf dem Standpunkt der Resolution Löbe steht.

Die Kreisversammlung für den Wahlkreis Saarbücken wurde am Sonntag in Saarbücken abgehalten. Aus dem Vortrags- und Tagesbericht ist zu entnehmen, daß die Bewegung im Saargebiet erfreuliche Fortschritte macht. Fast ist die bei Kriegsausbruch vorhandene Mitgliederzahl wieder erreicht, wobei die im Felde stehenden Genossen nicht mit eingerechnet sind.

Die Kreisgeneralversammlung für den Wahlkreis Saarbrücken wurde am Sonntag in Saarbrücken abgehalten. Aus dem Vortrags- und Tagesbericht ist zu entnehmen, daß die Bewegung im Saargebiet erfreuliche Fortschritte macht. Fast ist die bei Kriegsausbruch vorhandene Mitgliederzahl wieder erreicht, wobei die im Felde stehenden Genossen nicht mit eingerechnet sind.

Die Dautziger Parteiorganisation nahm am 4. November den Bericht vom Würzburger Parteitag von ihrem Vertreter, Genossen Julius Gell, entgegen. Einstimmig folgten die Versammelten einer Entschluß, in welchem sich die Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitages und den Abstimmungen des Delegier-

ten einverstanden erklärt. Insbesondere begrüßt sie die Beschlüsse, die eine praktische Mitarbeit an der Demokratisierung Deutschlands und der Sozialisierung unserer Gesellschaft ermöglichen.

Groß-Berlin

Bequeme Grundsätze.

Zu der unter obiger Spitzmarke in Nr. 301 des „Vorwärts“ gebrachten Mitteilung, nach welcher eine auf Vereinfachung der Kreisverteilung hingelobte amtliche Aufforderung durch die Bequemlichkeit eines preussischen Landrates souverän annulliert wurde, schreibt uns Genosse Gerlich: Der geschilderte Vorgang ist charakteristisch für die Methode, nach der unmittelbar vor den Toren Berlins im Kreis Teltow registriert wird. Als Inbegriff dieses Kreises kann man die unglaublichen Dinge erleben. So hat in einer anderen Kreisverteilung der Kreis Teltow in diesem Frühjahr Anordnungen an Gemeindeorgane ergehen lassen, die mit einer von höherer Stelle erlassenen Generalverordnung schlechterdings nicht in Einklang zu bringen waren, für vielmehr direkt widersprüchlich. Gegen diese Anordnungen habe ich bei dem Vorsitzenden des Kreisamtes, dem Herrn Landrat, Beschwerde geführt.

Durch diese Antwort nicht wenig überrascht, frag ich submissiv an, 1. wer in aller Welt denn Bestimmungen erlassen habe, durch welche eine ganz allgemein geltende Generalverordnung kurzweg außer Kraft gesetzt worden ist, und 2. wann und wo diese Bestimmungen veröffentlicht worden seien. In der Rückantwort wurde auf drei Bekanntmachungen im Kreisblatt verwiesen. Selbstverständlich verhielt ich mich sofort die betreffenden Bekanntmachungen, studierte sie eifrig und fand, unglaublich aber wahr! — daß in ihnen mit keinem Worte, mit keiner Silbe von dem die Rede war, was den Gegenstand meiner Beschwerde bildete. Das setzte ich auch sofort dem Kreisamtsrat, bzw. seinem Vorsitzenden, dem Herrn Landrat in sehr deutlicher Weise auseinander, zum Schluß beantragend, die auf keinerlei geltende Verordnungen sich stützenden und daher jeder Rechtsgrundlage entbehrenden Anweisungen an Gemeindeorgane sofort zurückzunehmen.

Kann man nur Zweifel möglich: Entweder mußte der Kreisamtsrat sich von dem Vorwurf, den ich gegen ihn erhob, daß er Anweisungen an Gemeindeorgane gab, die jeder Rechtsgrundlage entbehren, reinigen und mir nachweisen, daß ich im Unrecht war, oder, wenn er das nicht konnte, mußte er die Anordnungen zurücknehmen. Ich wartete vier Wochen, es geschah weder das eine noch das andere. Darauf beschwerte ich mich unter nochmaliger ausführlicher Darlegung des ganzen Sachverhalts bei dem Vorsitzenden des Kreisamtes, dem Herrn Landrat, über den Kreisamtsrat und verlangte, daß der Kreisamtsrat restituieren und streng angewiesen wird, seine rechtswidrigen Anweisungen an Gemeindeorgane unverzüglich zurückzunehmen. Der Herr Landrat geruhte darauf zu antworten, daß er sich nicht veranlaßt sehe, eine anderweitige Entscheidung herbeizuführen, da alles nach Maßgabe erlassener gesetzlicher Bestimmungen erfolgt sei.

Also nachdem ich hartnäckig und hartnäckig nachgewiesen hatte, daß von diesen angeblichen Bestimmungen in den angezogenen Bekanntmachungen mit keiner Silbe die Rede war, also überhaupt keine geltenden Bestimmungen existierten, gar nicht existieren konnten, weil sie der geltenden Generalverordnung widersprachen hätten, mithin die Berufung auf diese Bestimmungen von mir so grundlich wie nur möglich ad absurdum geführt worden war und der Kreisamtsrat auf meine Darlegungen und Beweisführungen nicht mit einem Wort zu erwidern vermocht hatte, marschierten im Entschiede des Herrn Landrats diese wunderbaren „Bestimmungen“ ganz ungenützt wieder auf, just so, wie wenn gar nichts vorausgegangen sei!

Mein Urteil über das ganze Verfahren sagte ich in meiner Antwort an den Herrn Landrat in die Worte zusammen: „Welchen prächtigen Stoff gebe dieses geistvolle Treiben im Kreise einem Pöfendichter, und welch' gefundenes Fressen wäre es für Witzblätter vom Schlage des „Simplissimus“. Kein Zweifel: würde der vorstehend skizzierte Schriftwechsel unter Fortlassung von Ort, Zeit, Akten- und Empfänger der Öffentlichkeit, jeder Leser würde darauf schwören, daß diese Geschichte sich nur im zaristischen, autokratischen, bürokratischen Rußland alten Stiles abspielen haben könne, denn in einem modernen Staate, der sich abseits im Stadium der „Reorientierung“ befindet, sei derartiges — Gott Lob und Dank! — denn doch unmöglich.“

Soweit die Juridikt des Genossen Gerlich. Wir aber fragen wiederum: Was sagt die vorgelegte Behörde des Teltower Landrats zu diesen Dingen?

Das Tiefsind Berlin.

Der Kohlenverband Groß-Berlin hat sich mit einer dringlichen Vorstellung an die verschiedenen Reichs-, Staats- und militärischen Stellen, vorab an den preussischen Minister für Handel und Gewerbe gemeldet, weil der Eingang an Kohlen in Groß-Berlin im Monat Oktober um ungefähr 80 Prozent hinter den zugewiesenen Mengen zurückgeblieben ist. Da die Zuweisungen schon von vornherein sich nur auf den Mindestbedarf richteten, so ist jeder Anstoß von schwerwiegendem Charakter begleitet und liegt die dringende Notwendigkeit vor, die Zufuhr schleunigst zu verstärken, damit der Winterbedarf an Hausbrand und Industrie-stoffe einigermaßen gesichert ist.

Weitere Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs.

Verordnungen des Reichskommissars für Kohlenverteilung bestimmen, daß der Verbrauch sowohl der Elektrizität als auch des Gases auf 80 Prozent des vorjährigen Verbrauchs eingeschränkt wird.

Der jährliche weniger als 200 Kilowattstunden verbräucht, also eine Monatsrechnung von nicht mehr als 8 Mark — ungefähr — zu zahlen hat, wird von der Einschränkung des Elektrizitätsverbrauches nicht betroffen. Außerdem können alle Verbraucher von Elektrizität, die schon vor Inkrafttreten der Verordnung freiwillig Einschränkungen vorgenommen haben, besondere Berücksichtigung verlangen. Für jede über das zulässige Quantum verbrauchte Kilowattstunde ist eine Strafe von 50 Pf. zu zahlen. Rekonstruktion und Erweiterungen bedürfen einer besonderen Genehmigung.

Gasverbrauchern, die ausschließlich mit Gas beleuchtet, wird ein Zuschlag von 10 Proz. bemittelt. Ist seit dem Vorjahre der Heizwert des Gases nachgemessenermaßen gesunken oder gestiegen, so erhöht oder vermindert sich die eingeschränkte Gasbezugsmenge im entsprechenden Verhältnis.

Als die Zeitperiode, innerhalb der die 20 Proz. gespart werden müssen, gilt entweder der Kalendermonat oder der örtliche Abschnitt für das Ableiten vom Kraftmeter bzw. Gaszähler. Die Kommunalverwaltungen, denen die Ausführung der Verordnungen im einzelnen überlassen ist, sollen anherdem Maßnahmen treffen, die eine bessere Verteilung des Elektrizitätsverbrauches über die Tageszeiten bewirken. Namentlich für die Stunden der Höchstbelastung — in Berlin zwischen 5 und 7 Uhr abends — sollen Ausgleiche gesucht werden.

Steigerung der Berliner Verkehrsnot in Sicht?

Western nachmittag ist der Beirat des Reichskommissars für Kohlenverteilung zu einer Sitzung zusammengetreten. Wie verlautet,

soil im Zusammenhang mit der jetzt angeordneten allgemeinen Einschränkung des Stromverbrauches erneut die Frage gepflückt werden, ob eine größere Kohlen- und Lichtersparnis nicht auch durch eine weitere Einschränkung des städtischen Straßenbahn- und Schnellbahnverkehrs zu erreichen sei. Groß derartige Absichten an den maßgebenden Stellen auch für Groß-Berlin bestehen sollten, so könnte demgegenüber nur immer wieder darauf hingewiesen werden, daß eine weitere Einschränkung des Straßenbahn- und Schnellbahnverkehrs in Groß-Berlin ein Ding der Unmöglichkeit ist. Von den mit der Wahrung der Groß-Berliner Verkehrsinteressen betrauten Persönlichkeiten darf daher wohl erwartet werden, daß sie mit allem Nachdruck sich gegen eine weitere Verschlechterung des Verkehrs wenden.

Berliner Lebensmittel.

Auf Abschnitt 118 der Lebensmittelkarte entfällt ein Pfund Marmelade. Anmeldebild sind der 8., 9. und 10. November. Die Abgabe der Lebensmittelkartenabschnitte hat in den durch ein Aushängeschild: „Verkauf von Marmelade auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin“ gekennzeichneten Geschäften zu erfolgen. Sobald die Ware den Kleinhandlern zugeführt ist, wird der Beginn des Verkaufs sofort durch Anschlag in dem Geschäft angezeigt.

Von Donnerstag bis Sonntag wird in den im Nordwesten Berlins gelegenen Bezirken der 149. bis 153. Provisionskommissionen an die dort in die Speisezettellisten eingetragenen Kunden je 125 Gramm Käse verteilt. Der Käse ist erhältlich in den durch besondere Aushängeschilder gekennzeichneten Geschäften.

Für den Monat November gelangt auch für die Haushaltungen ein Stoff off zur Verabgabung. Auf den Abschnitt 26 der Stoffkarte H kann ein Orsienstoff H-Padung in den zum Verkauf zugelassenen Drogerien und Apotheken entnommen werden.

Die Wiedereröffnung der Badeanstalten wird in einem Antrag gefordert, den in der Berliner Stadtverordnetenversammlung im Oktober die sozialdemokratische Fraktion eingebracht hat. Leider wurde er in der Sitzung der vorigen Woche von der Tagesordnung abgesetzt, so daß er, da in dieser Woche die Sitzung ausfällt, erst in der nächsten Woche herankommen kann. Inzwischen hat er aber schon die gute Wirkung gehabt, daß der Magistrat sich zur Wiedereröffnung der Badeanstalten entschlossen hat. Die Anstalt an der Ballstraße hat am Montag dieser Woche den Betrieb wieder aufgenommen, und für andere Badeanstalten der Stadt stellt der Magistrat gleichfalls die Wiedereröffnung in Aussicht. Vielleicht bereitet er sich hiermit so, daß ihm nicht erst noch das Gefährliche der einem Attentat auf die Volksgesundheit gleichkommenden Badeanstaltschließung klargemacht zu werden braucht.

Vorträge über wirtschaftliche Zeitfragen veranstaltet der Berliner Magistrat für Beamte, Lehrer, Angestellte und Arbeiter der Stadt. Der erste Vortrag wird am 12. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses von Professor Buz gehalten werden und das Thema behandeln: „Vom zukünftigen Wirtschaftsstand“. Der durch die Teilnahme an den Vorträgen entgangene Lohn, ebenso das etwa entstandene Fahrgehalt wird den Arbeitern erstattet.

Für Erhöhung der Praxistaxe des Güterverkehrs beabsichtigen die deutschen Staatsbahnen demnächst einzuführen. Sie soll in Gestalt von „Kriegszuschlägen“ in die Ersetzung treten.

Ein verhängnisvoller Straßenbahnzusammenstoß, bei dem nicht weniger als sechzehn Personen verletzt wurden, hat sich am Montag in Spandau ereignet. Am Hohenzollernring fuhr ein Straßenbahnwagen der Linie 8 entgegen der bestehenden Vorfahrt in die einseitige Straße ein, ohne den Wagen aus entgegengelegter Richtung abzuwarten. Infolgedessen stießen die beiden Wagen auf der eingeleisten Strecke, auf der harter Reibel lagerte, mit großer Wucht gegeneinander. Die Vorderplattformen der beiden Wagen wurden völlig eingedrückt und sämtliche Fenster scheiben zertrümmert. Sechzehn Personen, darunter die Straßenbahnfahrerin, erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. Zwei Personen, die schwere Quetschungen davongetragen hatten, mußten nach dem Spandauer städtischen Krankenhaus geschafft werden.

Von Pferden totgetreten wurde ein Mann auf dem Eisenbahngelände an der Venisebrücke. Hier wurden mehrere Eisenbahnwagen, von denen einer Pferde geladen hatte, verladen. Der Kangerler verlor ein Zeichen des Lokomotivführers falsch und so gerieten die Wagen auf ein verkehrtes Gleis und liefen mit großer Wucht auf einen Freiloch auf. Die heftige Erschütterung machte die Pferde wild, ihr Begleiter, der sie zu beruhigen versuchte, fiel hin, geriet unter die Hufe der Pferde und wurde so schwer verletzt, daß er nach kurzer Zeit starb.

Schöneberg. Achtung, Stadtverordnetenvahlen!

Die Stadtverordnetenergänzungs- und nachwahlen finden Sonntag, den 11. November, mittags von 12 bis 5 Uhr statt. Da die Wahlen mit den bürgerlichen Parteien im Zeichen des Burgfriedens vor sich gehen, so finden eigentliche Wahlkämpfe nicht statt. Die Unabhängigen haben Pflanzkandidaten aufgestellt. Die Wähler werden infolgedessen aufgefordert, bis zum Tage der Wahl eine intensive Tätigkeit für die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zu entfalten. Diese sind im dritten Bezirk Genosse Paul Kathmann; im fünften Bezirk Genosse Albin Mohr; im sechsten Bezirk Genosse Paul Magnan; im siebenten Bezirk Genosse Johann Kottländer; im neunten Bezirk Genosse Wilhelm Stenzel. Im elften Bezirk, dem Friedenauer Ortsteil, sind von der sozialdemokratischen Partei keine Kandidaten aufgestellt worden, da dieser Bezirk bisher von den Liberalen vertreten ward. Die Wahlen werden sich infolgedessen etwas schwieriger gestalten, als nach den Wählerlisten aus dem Jahre 1914 gewählt wird. Jeder eingetragene Wähler erhält eine Legitimationskarte vom Magistrat, sowie von der sozialdemokratischen Partei die erforderlichen Aufklärungsschriften. Die auf der Karte und dem Anschlag angegebene Nummer dient als Hinweis für die Eintragung in die Wählerliste. Wer verzogen und bisher kein von beiden erhalten hat, wendet sich an die Wahlabteilung des Magistrats, Neues Rathaus, oder an den Wahlvorstand der Sozialdemokratischen Partei bei Penck, Weininger Straße 8.

Unter diesen schwierigen Umständen ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, alles für die Wahl zu tun und kräftig mit einzugreifen.

Neukölln. Erweiterung der Sonntagstraße. Auf Anregung aus Angestellten- und Handwerkskreisen will der Magistrat eine weitere Einschränkung der Sonntagarbeit im Handelsgewerbe dahingehend vornehmen, daß in allen offenen Verkaufsstellen mit Ausnahme der Nahrungs- und Genussmittel und für Blumen Gefäßen, Bekleidung und Arbeiter an Sonn- und Feiertagen nicht beschäftigt werden dürfen. Der über den Erlaß der Ortsabgung gehörte Ausschuss des Kaufmannsgerechts hat dieser Beschränkung einstimmig zugestimmt und wünscht diese Beschränkung nicht nur für die Dauer des Krieges, sondern auch darüber hinaus. — Zu wünschen ist, daß eine solche Erweiterung der Sonntagstraße im Handelsgewerbe für Groß-Berlin einheitlich angeordnet werden möge.

Lichtenberg. Gemüse- und Obstverteilung. Der Verkauf ausländischen Gemüses und Obstes ist nur noch in nachfolgenden Geschäften statthaft: auf den Märkten bei den Händlern Theodor Zerb, Schillerstr. 24 wohnhaft; Witwe Baufe, Schillerstr. 10 wohnhaft; Emil Weidener, Schillerstr. 10 wohnhaft; Frau Döhning, Pfarrstraße 71 wohnhaft, und in dem Geschäft von Lohner, Stadthausstraße 45. Die Händler sind verpflichtet, das ausländische Gemüse

als solches unter Preisangabe fernlich zu machen und an den Tagen, wo ausländisches Gemüse teilgehalten wird, inländisches Gemüse nicht zum Verkauf zu bringen. Allen anderen Geschäftslenten ist der Verkauf ausländischen Gemüses überhaupt verboten. Die Abgabe des Gemüses, soweit es sich um Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl oder Mohrrüben handelt, darf nur auf Abschnitt 130 der Lebensmittelkarte erfolgen. Der Verkauf inländischen Gemüses, und zwar von Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl und Mohrrüben, darf nur auf Lebensmittelkarte erfolgen. Zunächst wird auch hierfür der Abschnitt 130 der Lebensmittelkarte bestimmt. Auf den einzelnen Abschnitten dürfen von einer oder mehreren dieser Gemüsesorten zusammen nicht mehr als 5 Pfund abgegeben werden. Da dieser Abschnitt längere Zeit Gültigkeit behält, ist es unnötig und mit Rücksicht auf die leichte Verderblichkeit der Ware auch durchaus unerwünscht, das Gemüse auf sämtliche Karten einer Haushaltung zusammen zu entnehmen. Durch diese Maßnahme soll erreicht werden, daß es jedermann ermöglicht wird, Gemüse zu erhalten. Einer Voranmeldung bedarf es nicht.

Reinickendorf, Eierverteilung. In sämtlichen Eierverkaufsstellen werden von heute ab Eier abgegeben, und zwar sollen diejenigen Einwohner, welche bei der letzten Verteilung nicht berücksichtigt werden konnten, auf Abschnitt 23 der Eierkarten je ein Ei erhalten. Auf Abschnitt 23 der Eierkarten werden abgegeben: an Haushaltungen mit 1-2 Personen 1 Ei, mit 3-4 Personen 2 Eier, mit 5-6 Personen 3 Eier, und mit 7-8 Personen 4 Eier. Der Preis für ein Ei beträgt 48 Pf. Eier, die innerhalb vier Tagen nach dieser Bekanntmachung nicht abgeholt sind, verfallen zugunsten der nächsten Verteilung. Ein Umtausch schlechter Eier findet nur statt, wenn einwandfrei nachgewiesen wird, daß die betreffenden Eier aus dieser Lieferung stammen und innerhalb vier Tagen zum Umtausch vorgezeigt werden.

Zeigel, Eierverteilung. Von heute ab kann auf Abschnitt 18 der Lebensmittelkarte 1 Ei zum Preise von 48 Pfennig bezogen werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.
Tempelhof. Heute abend 8 Uhr im Lokal von Müller, Berliner Straße 97: Vortrag des Gen. O. v. 18: Der Würtzburger Parteitag.
Friedrichshagen. Zu einer eindrucksvollen Kundgebung für den Verständigungsfrieden gestaltete sich eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Eine Woche vorher hatte eine Versammlung der Vaterlandspartei stattgefunden, zu der alle Parteien eingeladen waren. Als Genosse Bels sich das Wort zur Geschäftsordnung erbat, um anzufragen, ob auch die Anhänger des Verständigungsfriedens ihre Ansicht äußern dürften, geriet er mit dem Vorsitzenden in Konflikt und mußte auf seine Aufforderung hin das Lokal verlassen, wobei sich ihm unsere Genossen angeschlossen. Zu der Versammlung des Wahlvereins hatten sich auf Einladung hin etwa 500 Männer und Frauen aus allen Kreisen der Bevölkerung eingefunden. Genosse Bels gab einen eingehenden Bericht über die Friedensarbeit der Sozialdemokratie. Einige Versammlungsteilnehmer traten sofort der sozialdemokratischen Partei bei.

Briefkasten der Redaktion.
- 1. Aufnahme kann nicht erfolgen. Manuskript geht nach Köln-Kalt.
- Wahrheit. Brief empfangen; besten Dank. - N. 2. 40. Senden Sie sich an den Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Groß-Berlin, O 54, Zinlenstr. 80/85. - N. 2. 100. Bekmann Holweg ist Generalleutnant, Michaels Oberleutnant. - S. 2. Das Rubelgehalt wird wie bei allen Reichs- und Staatsbeamten berechnet nach den Dienstjahren. - Wagedonen 230. Die Berechnung zum Deinen beisteht. - S. 2. 1. Da. 2. Auch für Reklamierete besteht der Lohn im Gewerbe ähnliche Lohn. 3. Fragen Sie beim Polizeipräsidenten direkt an. - Ernst Martin. Wiederholen Sie Ihre Frage.
Weitererwünschten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittags. Zunächst mild, Abends behält mit meist geringen, nur im Nordwesten härteren Regenfällen; später im Westen beginnende langsame Wabelerung und Abkühlung.

Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr: Winterballade.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Kinder der Freude.
Volkstheater.
Theater am Bülowplatz.
Untergrundb. Schön. Tor.
8 Uhr: König Oedipus.
Theater Königgrätzerstr.
Zum ersten Male:
7 Uhr: Die Wildente.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die beiden Schwestern.
Komödienhaus
7 1/2 U.: Die tolle Komtesse.
APOLLO
Friedrichstraße an der Kochstr.
Dir. James Klein.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Hochzeit des Maharadscha
Theaterk. ununterbr. geöffn.
Sonntags: 2 Vorstellungen, 8 1/2, und 7 1/2 Uhr.

Theater für Mittwoch, 7. November.
Central-Theater,
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 U.: Die Csardasfürstin
Deutsches Opernhaus
6 1/2 U.: Die Meister-singer von Nürnberg
Friedrich-Wilhelmstheater
7 1/2 U.: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater
7 1/2 U.: Bürger Schappel.
Komische Oper
7 1/2 U.: Schwarzwaldmadel.
Metropol-Theater
7 1/2 U.: Die Rose von Stambul.
Neues Operettenhaus
Schiffbld. 4a. Kassent. Nd. 281
7 1/2 U.: Der Soldat der Marie.

Laustspielhaus 7 1/2 U.: Die blonden Mädels v. Lindenhof
Residenz-Theater
7 1/2 U.: Raskolnikoff.
Schiller-Theater O
7 1/2 U.: Auf der Sonnenseite
Schiller-Th. Charl.
9 Uhr 45: Maria Stuart.
7 1/2 U.: Käthechen von Heilbronn.
Thalia-Theater
7 1/2 U.: Egon und seine Frauen.
Theater am Nollendorfsplatz
7 Uhr:
Seni alle Dreyföhln
8 1/2 U.: Drei Junggesellen.
Theater des Westens
7 1/2 U.: Der verliebte Herzog mit Guido Thielscher

Rose-Theater.
7 1/2 U.:
Der Weiberfeind.
Erfinder
während des Krieges
grosse Erfolge!
Rat zur Verwertung von
Erfindungen kostenlos.
Norddeutsches Patentbüro,
Berlin, Friedrichstr. 9
9-5, Sonntags 11-1
Wiss
schäden, Geistes-
Leistung für
Ferien-Salun,
Penna-Salun,
Preis: 3 50 M. Offene Frachtschäden: Fern-Salun 2 00 M.
Löhner-Apothek, Hannover 18

Als Verlobte geben sich bekannt:
Gez. Franz Drews,
jurist. beim Konsulatamt eines
Infanterie-Regiments,
Hr. Mariavon den Bronten
Lichterfelde.
Fette Enten Pfd. 5.50
Hr. an
Suppenhühner Pfd. 4.95
Hr. an
Fette Hühner Kaninchen
Schmidt, vorm. Tasche,
Pianist 21, am Ost. Tor.
Stunftsfragen im
Korbring abhand. gefommen. 23 Max
Belobnung. Gräblich, Köpenick 67

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäbearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin, Seidmanstr. 37/38. Tel.: Amt Moritzpl. 9737.
Herren- und Knabenkonfektions- und Hosen- und Westen-Schneider und -Schneiderinnen und Taubstumme!
Donnerstag, den 8. November, abends 8 Uhr, im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41:
Öffentl. Konfektions-Schneider- u. Schneiderinnen-Versammlung.
Tagesordnung:
Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Konfektion und die von den Arbeitgebern gewährten Teuerungszulagen.
Referent: Stell. Kunze. Für die Taubstummen: Stell. Adermann.
Befreiung des Besuchs erwartet
16677
Die Ortsverwaltung.
Diese Woche täglich frisch:
Schneeflockenfleisch . p. Pfd. 4.90
Wahlfleisch 6.50
Wahlfleisch (im Saft) 4.00
Schneeflockenfleisch 12.50
Rindfleisch 9.00
Eisenerhühner p. Pfd. s. 4.75 an
Wahlfleisch p. Pfd. 5.75
Kaninchen 3.25
Max Westheimer
Neue Jakobstraße 12.
Bettstätten. Behandig. nach
u. u. u. m. Spezialheilverfahren,
ohne Berufsberatung, nachweislich
einfache u. schnelle Dauererfolge.
Heilanst. Dir. Froese,
Gr. Frankfurter Str. 30.
Sprechstunden 8-10 vorm.

WINTERGARTEN
Der große
Varieté-Spielplan
12 Attraktionen 12
= Rauchen gestattet! =

NATIONAL-THEATER.
O. B. Größter Lacherfolg!
Das ist die Liebe.
Sonntag, 11. Nov., 3 1/2 U.: Was junge Mädchen träumen.

Künstliche Zähne
in moderner, jeder gewünschten Ausführung, m. u. ohne Platte, mit echt. Friedenskautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben, Umarbeitungen, Reparaturen sofort. Billigs Preis. a. Teilz. Zahnziehen in örtl. Betäub. spez. f. langatmige nerv. Patienten.
Zahn-Praxis D. A. Löser nur Rosenthalerstr. 69,
nahe Platz. Pers. zu spr. v. 9-7, Sonnt. 10-12 Tel. Nord. 10 438

Seifförke Weinförke
u. alle anderen Sorten neue u. gebt. Korke.
Frankfurter Korkewerk
O. m. d. H. Annahme b. Erdomer,
Georgentischtr. 50 (b. Alexanderplatz) 9-12, 3-6 und
Friedrichstraße 45.
Hühneraugen
Fußhohlenverhärtung
Gambroldt, Berlin, Oranienburgerstr. 100, 100/101, 101/102, 102/103, 103/104, 104/105, 105/106, 106/107, 107/108, 108/109, 109/110, 110/111, 111/112, 112/113, 113/114, 114/115, 115/116, 116/117, 117/118, 118/119, 119/120, 120/121, 121/122, 122/123, 123/124, 124/125, 125/126, 126/127, 127/128, 128/129, 129/130, 130/131, 131/132, 132/133, 133/134, 134/135, 135/136, 136/137, 137/138, 138/139, 139/140, 140/141, 141/142, 142/143, 143/144, 144/145, 145/146, 146/147, 147/148, 148/149, 149/150, 150/151, 151/152, 152/153, 153/154, 154/155, 155/156, 156/157, 157/158, 158/159, 159/160, 160/161, 161/162, 162/163, 163/164, 164/165, 165/166, 166/167, 167/168, 168/169, 169/170, 170/171, 171/172, 172/173, 173/174, 174/175, 175/176, 176/177, 177/178, 178/179, 179/180, 180/181, 181/182, 182/183, 183/184, 184/185, 185/186, 186/187, 187/188, 188/189, 189/190, 190/191, 191/192, 192/193, 193/194, 194/195, 195/196, 196/197, 197/198, 198/199, 199/200, 200/201, 201/202, 202/203, 203/204, 204/205, 205/206, 206/207, 207/208, 208/209, 209/210, 210/211, 211/212, 212/213, 213/214, 214/215, 215/216, 216/217, 217/218, 218/219, 219/220, 220/221, 221/222, 222/223, 223/224, 224/225, 225/226, 226/227, 227/228, 228/229, 229/230, 230/231, 231/232, 232/233, 233/234, 234/235, 235/236, 236/237, 237/238, 238/239, 239/240, 240/241, 241/242, 242/243, 243/244, 244/245, 245/246, 246/247, 247/248, 248/249, 249/250, 250/251, 251/252, 252/253, 253/254, 254/255, 255/256, 256/257, 257/258, 258/259, 259/260, 260/261, 261/262, 262/263, 263/264, 264/265, 265/266, 266/267, 267/268, 268/269, 269/270, 270/271, 271/272, 272/273, 273/274, 274/275, 275/276, 276/277, 277/278, 278/279, 279/280, 280/281, 281/282, 282/283, 283/284, 284/285, 285/286, 286/287, 287/288, 288/289, 289/290, 290/291, 291/292, 292/293, 293/294, 294/295, 295/296, 296/297, 297/298, 298/299, 299/300, 300/301, 301/302, 302/303, 303/304, 304/305, 305/306, 306/307, 307/308, 308/309, 309/310, 310/311, 311/312, 312/313, 313/314, 314/315, 315/316, 316/317, 317/318, 318/319, 319/320, 320/321, 321/322, 322/323, 323/324, 324/325, 325/326, 326/327, 327/328, 328/329, 329/330, 330/331, 331/332, 332/333, 333/334, 334/335, 335/336, 336/337, 337/338, 338/339, 339/340, 340/341, 341/342, 342/343, 343/344, 344/345, 345/346, 346/347, 347/348, 348/349, 349/350, 350/351, 351/352, 352/353, 353/354, 354/355, 355/356, 356/357, 357/358, 358/359, 359/360, 360/361, 361/362, 362/363, 363/364, 364/365, 365/366, 366/367, 367/368, 368/369, 369/370, 370/371, 371/372, 372/373, 373/374, 374/375, 375/376, 376/377, 377/378, 378/379, 379/380, 380/381, 381/382, 382/383, 383/384, 384/385, 385/386, 386/387, 387/388, 388/389, 389/390, 390/391, 391/392, 392/393, 393/394, 394/395, 395/396, 396/397, 397/398, 398/399, 399/400, 400/401, 401/402, 402/403, 403/404, 404/405, 405/406, 406/407, 407/408, 408/409, 409/410, 410/411, 411/412, 412/413, 413/414, 414/415, 415/416, 416/417, 417/418, 418/419, 419/420, 420/421, 421/422, 422/423, 423/424, 424/425, 425/426, 426/427, 427/428, 428/429, 429/430, 430/431, 431/432, 432/433, 433/434, 434/435, 435/436, 436/437, 437/438, 438/439, 439/440, 440/441, 441/442, 442/443, 443/444, 444/445, 445/446, 446/447, 447/448, 448/449, 449/450, 450/451, 451/452, 452/453, 453/454, 454/455, 455/456, 456/457, 457/458, 458/459, 459/460, 460/461, 461/462, 462/463, 463/464, 464/465, 465/466, 466/467, 467/468, 468/469, 469/470, 470/471, 471/472, 472/473, 473/474, 474/475, 475/476, 476/477, 477/478, 478/479, 479/480, 480/481, 481/482, 482/483, 483/484, 484/485, 485/486, 486/487, 487/488, 488/489, 489/490, 490/491, 491/492, 492/493, 493/494, 494/495, 495/496, 496/497, 497/498, 498/499, 499/500, 500/501, 501/502, 502/503, 503/504, 504/505, 505/506, 506/507, 507/508, 508/509, 509/510, 510/511, 511/512, 512/513, 513/514, 514/515, 515/516, 516/517, 517/518, 518/519, 519/520, 520/521, 521/522, 522/523, 523/524, 524/525, 525/526, 526/527, 527/528, 528/529, 529/530, 530/531, 531/532, 532/533, 533/534, 534/535, 535/536, 536/537, 537/538, 538/539, 539/540, 540/541, 541/542, 542/543, 543/544, 544/545, 545/546, 546/547, 547/548, 548/549, 549/550, 550/551, 551/552, 552/553, 553/554, 554/555, 555/556, 556/557, 557/558, 558/559, 559/560, 560/561, 561/562, 562/563, 563/564, 564/565, 565/566, 566/567, 567/568, 568/569, 569/570, 570/571, 571/572, 572/573, 573/574, 574/575, 575/576, 576/577, 577/578, 578/579, 579/580, 580/581, 581/582, 582/583, 583/584, 584/585, 585/586, 586/587, 587/588, 588/589, 589/590, 590/591, 591/592, 592/593, 593/594, 594/595, 595/596, 596/597, 597/598, 598/599, 599/600, 600/601, 601/602, 602/603, 603/604, 604/605, 605/606, 606/607, 607/608, 608/609, 609/610, 610/611, 611/612, 612/613, 613/614, 614/615, 615/616, 616/617, 617/618, 618/619, 619/620, 620/621, 621/622, 622/623, 623/624, 624/625, 625/626, 626/627, 627/628, 628/629, 629/630, 630/631, 631/632, 632/633, 633/634, 634/635, 635/636, 636/637, 637/638, 638/639, 639/640, 640/641, 641/642, 642/643, 643/644, 644/645, 645/646, 646/647, 647/648, 648/649, 649/650, 650/651, 651/652, 652/653, 653/654, 654/655, 655/656, 656/657, 657/658, 658/659, 659/660, 660/661, 661/662, 662/663, 663/664, 664/665, 665/666, 666/667, 667/668, 668/669, 669/670, 670/671, 671/672, 672/673, 673/674, 674/675, 675/676, 676/677, 677/678, 678/679, 679/680, 680/681, 681/682, 682/683, 683/684, 684/685, 685/686, 686/687, 687/688, 688/689, 689/690, 690/691, 691/692, 692/693, 693/694, 694/695, 695/696, 696/697, 697/698, 698/699, 699/700, 700/701, 701/702, 702/703, 703/704, 704/705, 705/706, 706/707, 707/708, 708/709, 709/710, 710/711, 711/712, 712/713, 713/714, 714/715, 715/716, 716/717, 717/718, 718/719, 719/720, 720/721, 721/722, 722/723, 723/724, 724/725, 725/726, 726/727, 727/728, 728/729, 729/730, 730/731, 731/732, 732/733, 733/734, 734/735, 735/736, 736/737, 737/738, 738/739, 739/740, 740/741, 741/742, 742/743, 743/744, 744/745, 745/746, 746/747, 747/748, 748/749, 749/750, 750/751, 751/752, 752/753, 753/754, 754/755, 755/756, 756/757, 757/758, 758/759, 759/760, 760/761, 761/762, 762/763, 763/764, 764/765, 765/766, 766/767, 767/768, 768/769, 769/770, 770/771, 771/772, 772/773, 773/774, 774/775, 775/776, 776/777, 777/778, 778/779, 779/780, 780/781, 781/782, 782/783, 783/784, 784/785, 785/786, 786/787, 787/788, 788/789, 789/790, 790/791, 791/792, 792/793, 793/794, 794/795, 795/796, 796/797, 797/798, 798/799, 799/800, 800/801, 801/802, 802/803, 803/804, 804/805, 805/806, 806/807, 807/808, 808/809, 809/810, 810/811, 811/812, 812/813, 813/814, 814/815, 815/816, 816/817, 817/818, 818/819, 819/820, 820/821, 821/822, 822/823, 823/824, 824/825, 825/826, 826/827, 827/828, 828/829, 829/830, 830/831, 831/832, 832/833, 833/834, 834/835, 835/836, 836/837, 837/838, 838/839, 839/840, 840/841, 841/842, 842/843, 843/844, 844/845, 845/846, 846/847, 847/848, 848/849, 849/850, 850/851, 851/852, 852/853, 853/854, 854/855, 855/856, 856/857, 857/858, 858/859, 859/860, 860/861, 861/862, 862/863, 863/864, 864/865, 865/866, 866/867, 867/868, 868/869, 869/870, 870/871, 871/872, 872/873, 873/874, 874/875, 875/876, 876/877, 877/878, 878/879, 879/880, 880/881, 881/882, 882/883, 883/884, 884/885, 885/886, 886/887, 887/888, 888/889, 889/890, 890/891, 891/892, 892/893, 893/894, 894/895, 895/896, 896/897, 897/898, 898/899, 899/900, 900/901, 901/902, 902/903, 903/904, 904/905, 905/906, 906/907, 907/908, 908/909, 909/910, 910/911, 911/912, 912/913, 913/914, 914/915, 915/916, 916/917, 917/918, 918/919, 919/920, 920/921, 921/922, 922/923, 923/924, 924/925, 925/926, 926/927, 927/928, 928/929, 929/930, 930/931, 931/932, 932/933, 933/934, 934/935, 935/936, 936/937, 937/938, 938/939, 939/940, 940/941, 941/942, 942/943, 943/944, 944/945, 945/946, 946/947, 947/948, 948/949, 949/950, 950/951, 951/952, 952/953, 953/954, 954/955, 955/956, 956/957, 957/958, 958/959, 959/960, 960/961, 961/962, 962/963, 963/964, 964/965, 965/966, 966/967, 967/968, 968/969, 969/970, 970/971, 971/972, 972/973, 973/974, 974/975, 975/976, 976/977, 977/978, 978/979, 979/980, 980/981, 981/982, 982/983, 983/984, 984/985, 985/986, 986/987, 987/988, 988/989, 989/990, 990/991, 991/992, 992/993, 993/994, 994/995, 995/996, 996/997, 997/998, 998/999, 999/1000, 1000/1001, 1001/1002, 1002/1003, 1003/1004, 1004/1005, 1005/1006, 1006/1007, 1007/1008, 1008/1009, 1009/1010, 1010/1011, 1011/1012, 1012/1013, 1013/1014, 1014/1015, 1015/1016, 1016/1017, 1017/1018, 1018/1019, 1019/1020, 1020/1021, 1021/1022, 1022/1023, 1023/1024, 1024/1025, 1025/1026, 1026/1027, 1027/1028, 1028/1029, 1029/1030, 1030/1031, 1031/1032, 1032/1033, 1033/1034, 1034/1035, 1035/1036, 1036/1037, 1037/1038, 1038/1039, 1039/1040, 1040/1041, 1041/1042, 1042/1043, 1043/1044, 1044/1045, 1045/1046, 1046/1047, 1047/1048, 1048/1049, 1049/1050, 1050/1051, 1051/1052, 1052/1053, 1053/1054, 1054/1055, 1055/1056, 1056/1057, 1057/1058, 1058/1059, 1059/1060, 1060/1061, 1061/1062, 1062/1063, 1063/1064, 1064/1065, 1065/1066, 1066/1067, 1067/1068, 1068/1069, 1069/1070, 1070/1071, 1071/1072, 1072/1073, 1073/1074, 1074/1075, 1075/1076, 1076/1077, 1077/1078, 1078/1079, 1079/1080, 1080/1081, 1081/1

Vierzig Jahre Fernsprecher.

Von Dr. Otto Wied.

In diesen Novembertagen sind es 40 Jahre, seit sich dem Fernsprecher ein beispielloser Triumphzug durch die Welt erschloß. Kein Wunder, daß sich dafür einen Augenblick unsere Gedanken aus der bewegten Gegenwart jenen Tagen zuwenden, da Stephan, Deutschlands Generalpostmeister, zuerst in Deutschland mit Hilfe einiger Telephone Sprechversuche anstellen ließ, um so mehr noch als das Telephone, eine der bedeutendsten Erfindungen des menschlichen Geistes, uns durch einen deutschen Mann geschenkt wurde.

Bei den ersten Versuchen in Deutschland, die man 1877 mit einem Brauchbaren Fernsprecher anstellte, wurden die von Prof. Graham Bell in Boston erdachten amerikanischen Fernsprecherapparate benützt. Sie fußen aber in ihrer grundlegenden Idee auf dem 1860 von Reis erfundenen und auf Grund einer Reihe wissenschaftlicher Arbeiten von Gelehrten verschiedener Nationen ist im Laufe der Jahre auch einwandfrei festgestellt worden, daß sowohl Bell als andere ausländische Erbauer von Fernsprechern die Reichsche Erfindung gekannt und sich auf sie gestützt haben.

Im Gegensatz zu der neuerdings hervorgetretenen Anschauung, daß der vor einigen Jahren verstorbene Generaldirektor Rathenau es gewesen sei, der die Wertung des Fernsprechers für den Nachrichtendienst in Deutschland zuerst angeregt und bei Stephan für die Tragweite der Idee zunächst kein Verständnis gefunden habe, war es aber der Generalpostmeister selbst, der mit klarem Bilde die gewaltige Bedeutung des Fernsprechers als Nachrichtenmittel erkannte und demgemäß handelte. In der zweiten Hälfte des Oktober 1877 brachte der damalige Chef des Haupttelegraphenamts in London, Mr. Fisher, zwei jener Bell-Telephone, die der englischen Telegraphenverwaltung kurz vorher aus Amerika zugegangen waren, mit. Noch an demselben Tage, dem 24. Oktober, wo Fisher Stephan diese Apparate überreichte, ließ dieser damit im Generalpostamt Versuche anstellen, die durchaus gelangen; selbst Versuche auf längere Strecken, wie von Berlin nach Potsdam. Stephens Entschluß, das neue wunderbare Instrument der allgemeinen Nachrichtenübermittlung dienstbar zu machen, war gefaßt. Am 9. November 1877 entwarf er einen Bericht an den Reichskanzler, in dem er das Wesen des Telephons und die Ergebnisse der von dem Generalpostmeister angestellten Sprechversuche darlegte und in großen Zügen andeutete, wie er den, wenn auch „noch in der Kindheit liegenden“ neuen Apparat zunächst praktisch zu verwerten beabsichtigte, wie er dem Fernsprecher auch eine große Zukunft im menschlichen Verkehr voraussetzte.

Schon am 12. November wurde die erste Reichspostanstalt in Friedrichsberg bei Berlin mit Fernsprechbetrieb ausgestattet; im Laufe des November wurden weitere Postanstalten mit der neuen Einrichtung versehen. Am 19. November verfügte Stephan, daß im Bereich der Reichspostverwaltung die bisherige Bezeichnung „Telephon“ durch das deutsche Wort „Fernsprecher“ zu ersetzen sei. Schnell erfolgte die Einrichtung von Fernsprechbetriebsstellen auf breiter Grundlage; Ende 1879 war ihre Zahl bereits auf 788 angewachsen.

Der Schwerpunkt bei der allgemeinen Ausbreitung des Fernsprechers aber lag in seiner Verwendung für den eigentlichen Fernsprechverkehr. Zuerst wurden in Amerika Fernsprechstellen in größerer Zahl geschaffen. Auch in Deutschland suchten Vertreter amerikanischer Fernsprechgesellschaften Städtefernprechanlagen ins Leben zu rufen, ohne aber bei der Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung mit ihren Plänen Erfolg zu haben; ein Grund, weshalb Stephan nicht schon diesen Weg beschritten hatte. So blieb der Fernsprecher in Deutschland noch mehrere Jahre seiner Hauptaufgabe entzogen, bis der Generalpostmeister 1880 öffentlich bekannt gab, daß er den Bau einer Städtefernprechanlage in Berlin beschlossen habe. Konzessionen von Privatgesellschaften zur Errichtung von Städtefernprechanlagen,

wie sie u. a. auch Rathenau nachsuchte, lehnte Stephan grundsätzlich ab. Im Gegensatz zu den Telegraphenverwaltungen anderer Länder, die erst später eine Entscheidung der grundsätzlichen Frage herbeiführten, in welchem Umfange Bau und Betrieb von Fernprechanlagen als Unternehmung des Staates zu gelten habe, machte Stephan aus das Fernsprechwesen zum Staatsmonopol. Welchen Dienst Stephan hiermit dem Vaterlande durch seinen Vorschlag leistete und was den Steuerzahlern hierdurch erspart blieb, erblickt aus der Tatsache, daß England bei der Verstaatlichung seines Fernsprechwesens im Jahre 1911 eine Abfindungssumme von einer Viertel-Milliarde zahlen mußte, um die Fernprechanlagen aus privatem Besitz aufzulösen.

Das Publikum verbielt sich der neuen Einrichtung gegenüber sehr kühl. Jedoch das Generalpostamt zur Anregung des Interesses zu einer Wettbewerbung sich veranlaßt sah. Rathenau wurde vom Generalpostamt ermächtigt, mit den Teilnehmern aus dem Kreise des Publikums die erforderlichen Verhandlungen zu führen und die entsprechenden Verträge vorbehaltlich der Genehmigung des Generalpostamts abzuschließen. Seine Rolle war mithin eine weit beschwerdere, als gemeinhin angenommen wird.

Trotz der Tätigkeit Rathenaus gingen die Anmeldungen in der ersten Zeit ziemlich spärlich ein. Mit nur 8 Teilnehmern wurde am 12. Januar 1881 die erste der beiden für Berlin vorgesehenen Vermittlungsstellen eröffnet. Das erste im März desselben Jahres erschienene Fernsprecherverzeichnis wies auch nur 48 Teilnehmer auf. Aber bald erkannte man auch in weiteren Kreisen die Wichtigkeit der neuen Einrichtung. Der Städtefernprechanlage in Berlin folgten solche in anderen deutschen Großstädten. Im April 1883 betrug die Teilnehmerzahl in 18 deutschen Städten bereits 2277. Dann ging die Entwicklung schnell vorwärts, und 1896 kam die Zahl von 46 000 Fernsprechstellen in Berlin denen von ganz Frankreich gleich. Neben dem Städteverkehr der Vorort- und Nachbarverkehre, 1889 erbielten auch die Landbewohner die Möglichkeit, Gespräche nach außerhalb bei den mit Fernsprecher ausgestatteten Telegraphenanstalten führen zu können. Hand in Hand mit der weiteren Entwicklung des Fernsprechwesens gingen naturgemäß auch die technischen Verbesserungen und Verbesserungen. So erfolgte 1897 der Uebergang zum reinen Doppelbetriebsbetrieb, wodurch sich die Sprachverständigung bedeutend steigerte. Der Umsatzerlös für Vielfachbetrieb fand Eingang und schließlich trat man an den Bau eines großen unterirdischen Fernsprechabzweiges heran.

So hat im Laufe dieser 40 Jahre der Fernsprecher durch das, was uns mit seiner Hilfe zur Verwirklichung der Verkehrsrichtungen geschaffen worden ist für Handel und Wandel, Landwirtschaft und Industrie sowie für alle anderen Gebiete friedlicher Arbeit, wie auch für die Kriegführung der Neuzeit weittragende Bedeutung gewonnen.

Zum 50. Male: „Nathan der Weise“.

Glücklicherweise ist dies Jubiläum nur ein Teiljubiläum: es gilt nur von den Aufführungen, die das hohe Lied der Toleranz an den Reinhardt-Bühnen erlebt hat. Das 50. Schauspielhaus hat daneben vor einigen Wochen zum 50. Male die Humanitätsdramen des Goethes verlobt. Sicherlich könnten diese Kulturjubiläen noch beträchtlich erhöht werden, wenn man alle Aufführungen des Nathan an den anderen Berliner Bühnen dazu zählte. Aber was wollen selbst 500 Aufführungen für die langen Jahre und die vielen Theater bedeuten? Die höchsten Ideen, die die Menschheit von der Bühne herab beschäftigen sollten, werden von jeder Jugoperette leicht geschlagen. Diese eine Tatsache könnte den ganzen Weltkrieg erklären.

Die Goethes „Jubilee“ ist Lessings Gedicht das Drama des Tages. Es erhebt in dem schauerlichen Chorus der Schächten und der Realpolitik die immer vernichtlicher werdende, nie zum Schweigen gebrachte Stimme der Menschlichkeit. In der Verherrlichung der religiösen Toleranz hören wir heute den Preis der Völkerverbrüderung, der Menschheitsverbrüderung. Herders, des großen Humanitätsapostels, Worte über den Nathan sind heute wahrer denn je: „Die Grundidee dieses Werkes ist das höchste Wort des reifen Schicksals: ihr Völker, baldet euch, ihr Menschen verschiedener Sitten, Meinungen und Charaktere, helft, vertratet euch, liebt Menschen! Die Menschenvernunft und Menschengüte, die in diesem Drama die Wage halten, bleiben die höchsten Schutzgöttinnen der Menschheit.“

Der „Nathan“ ist nicht der Nathan. Dieses Drama, das der starken Reize der gemäßigten Spannungen entbehrt, hat den vielfältigen Chor differenzierter Menschlichkeiten, unter denen der große, edle Jude nur eine, wenn auch die wichtigste ist. Die Aufführung der Volksbühne machte dies recht klar. Nathans war eine jedes Ruhmes würdige Leistung Ludwig Müllers, aber die Polyphonie war unrein und so war der Gesamteindruck nicht der höchste. Müllers ist der geborene Prophet hoher Ideen, die Gehalt

geordnetes Verkörperung jedes starken Idealismus. Er erhebt Nathan in die Höhe der Würde und Weisheit — sein Jude ist, obwohl er naturgemäß Spuren der Rasse trägt, weit hinausgehoben über das Schwärzliche oder auch das Familienbäuerliche, worin manche Nathan-Darsteller verharren. Er verkörpert, er trägt aus den Niederungen dieser Alltagsmenschlichkeiten hoch empor. Der Christ und der Mohammedaner haben einen schweren Stand neben ihm: weder Herrn Wendig unbedeutender Saladin noch Riemanns nur temperamentvoller Tempelherr erfüllen die Bedeutung ihrer Rollen. Ein schönes Genrebild beschaulicher Demut bietet Gregoris Klosterbruder. Auch Derwisch und Patriarch haben bei Decarli und Jannings Farbe und Charakter. Die Frauenrollen lassen nicht: weder Maria Feins Sittich noch Gertrud Welckers allzu geleidete Necha geben ganz Lessingsche Gestalten (die beide bei ihm nach dem Leben gezeichnet waren). Eher befriedigte Paula Eberth (als wortreiche Daja).

Die Inszenierung erstrebt Einfachheit, aber die verdorren Palmen und im Luftzug schlotternden Bänder zeugen nicht eben von Sorgsamkeit.

Fünf Jahre Deutsche Bäckerei.

Demnächst vollenden sich fünf Jahre, seit der durch den Vörsenverein Deutscher Buchhändler erfolgten Gründung der Deutschen Bäckerei in Leipzig, der ersten Zentrale für deutsches Schrifttum. Während dieser fünf Jahre ist ein bedeutendes Stück Arbeit geleistet worden. Die Leipziger Bäckerei umfaßt schon jetzt mehr als 200 000 bibliographische Einheiten. Wenn man berücksichtigt, daß eine Einheit vielfach mehrere Bände umfaßt, so kommt man jetzt bereits zu gewaltigen Zahlen. Die Zahl der Bücher stiftenden Verleger ist weit über 2000 gestiegen; dazu kommen noch sogenannte Schenker. Die von Dr. Berke eingerichtete Kriegsliteratursammlung weist zurzeit mehr als 35 000 Gegenstände auf. Die Kataloge umfassen über 500 000 Karten. Am umfangreichsten ist der Zeitschriften-eingang. Bisher sind über eine Million periodischer Druckschriften eingegangen; täglich verzeichnet man einen ferneren Einlauf von durchschnittlich 800 Stück Zeitschriften. So fallen sich die weiten Räume des gewaltigen Unternehmens allgemach — wenn es auch noch weithin ist, bis die zehn Millionen Bücher, auf die die Bäckerei berechnet ist (darüber können wohl über hundert Jahre vergehen), so sieht man doch schon recht deutlich die Fälligkeit der Stammlisten. Die Kriegszustände haben leider auch hier ihre Schatten geworfen. Wegen Dringungs- und Beschaffungsschwierigkeiten und wegen großer Einziehungen muß die öffentliche Benutzung einstellend unterbleiben.

Notizen.

— Eine große Feuerkugel wurde am 8. September 1916 im südlichen Deutschland und besonders in Berlin beobachtet. Aus den vielfachen Berichten, die darüber bei der Zeitschrift „Siriüs“ einliefern, ergibt sich, daß die Erscheinung von Berlin-Köpenick bis an die russische Front und von der Ostsee bis nach Schlefien sichtbar war. Die Bahn ist berechnet worden. Das Meteor leuchtete etwa in 300 Kilometer Höhe in der Nähe von Ralmar im südlichen Schweden auf, überschritt die Ostsee und erreichte die deutsche Küste bei Leda. Es flog dann nahezu durch die Scheitelpunkte der Orte Stargard und Jablonowo, bis es nördlich von Ploß zerplatzte. Es trat in die Erdatmosphäre mit einer Geschwindigkeit von über 60 Kilometer ein, hatte aber am Ende seiner nahezu 600 Kilometer weit beobachteten Bahn infolge des Luftwiderstandes schon über 20 Kilometer davon eingebüßt.

— „Geisteswaches Bier“ in Norwegen. So hat der norwegische Volkshumor das 2/3-Proz. Alkohol enthaltende Bier genannt, das als einziges namentlich nach in Norwegen zugelassen ist. Eine große Erregung herrscht bei dieser Beschränkung im Lande. Hinter dem Verbot steht nicht die Regierung, sondern die Abstinenzverbände, was natürlich der Staatsminister offenherzig zugab. Die Abstinenz haben die allgemeine Teuerung benützt, ihre Forderung im Storching durchzudrücken.

— Eine neue Eisenbahn über die Anden. Nordamerikanische Geldgeber wollen eine neue Bahn in Nord-Peru bauen, deren Zweck es ist, eines der reichsten Gebiete Südamerikas endlich dem modernen Handelsverkehr zu erschließen. Die ungefähr 400 Kilometer lange Strecke wird in dem Seehafen Paita beginnen, die Anden an ihrer niedrigsten Stelle überqueren und sich in das dahinter liegende fruchtbare Land erstrecken. Während man bisher zur Reise von Lima nach dem Mittelpunkt der Gummierzugung im Amazonasstromgebiet, Iquitos, ungefähr 60 Tage brauchte, soll die Bahn die Jurastreckung dieser Strecke in kaum fünf Tagen möglich machen.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von R. Francé.

Sie sprach ihn italienisch an, was er in gleichem reinsten Toskanisch mit der vollendeten Geschmeidigkeit eines Weltmannes erwiderte. Hier war er gar nicht so verschlossen und ängstlich scheu wie im Widruonschen Kreise, sondern gab sich heiter, unbefangenen und von einer angenehmen jovialen Väterlichkeit.

„Roussignore“, schüttelte ihm Nison alsbald ihr Herz aus, „ich bedarf wieder Ihres geistlichen Rates, aber sehr diskret unter dem Siegel des Beichtgeheimnisses. Ich bin überaus unglücklich.“

Der Vater fuhr wie mit einer segnenden Gebärde über ihr Haar und sagte mild:

„Meine Tochter, die Kirche ist der Zufluchtsort aller Beladenen und Kummervollen und wenn es in der Nacht unseres Ordens steht zu helfen...“

„Ich weiß“, nickte Nison, „Graf Verchenfeld, der Sie mir empfohlen, sagte mir, er habe wunderbare Zeichen von der Macht Ihrer Brüder über die Herzen gesehen. Aber hier wird es ganz schwer sein.“

Der Graf Verchenfeld war in unserem Mutterhaus der Stella matutina erzogen, er lernte dort die erhabensten Geister unserer Gesellschaft kennen. Aber bevor sie sich sammelt meine Tochter zu einem Bekenntnis, worin ich ihr helfen soll, wird dies Gebet zur unbefleckten Empfängnis ihren Geist erleuchten.“

Und er drückte Nison ein aufgeschlagenes Gebetbuch in die Hand, faltete die Hände und schien selbst in andächtiges Beten zu versinken. Währenddem sah er aufmerksam in den Garten hinab, wo der Graf Morawitzky noch immer ungeschlüssig hin und her ging.

Nison war inzwischen zu ihrem Bettchemel mit dem ewigen Licht davor geeilt und versuchte voll Inbrunst die feurig andächtigen Worte ihres Buches nachzubeten. Und sie empfand dabei wirklich eine Beruhigung, nämlich die immer sieghaftere Gewißheit, daß Vater Kaver, wie sie Crollalanza zu nennen pflegte, wirklich imstande sei, ihr und Reinhard zu helfen.

Dann setzte sie sich zu Füßen des sie freundlich und vertrauensvoll anblickenden Mannes und begann ihre Beichte. „Hochwürden, kennt Er hier in der Stadt den herzoglichen Sekretär de Solms?“ Und auf das bejahende Nicken:

„Er ist durch meine Schuld ins Unglück gekommen — er ist zu stolz und feurigen Naturells und hat bei einem Konflikt mit seinem Chef (Crollalanza schielte in den Garten) resigniert auf ein Amt, das er braucht. Ich möchte, daß er es wieder erhält. Was soll ich tun?“

Auf Befragen des Vaters erzählte sie ihm den ganzen Vorgang, soweit er ihr durch den Grafen bekannt war. Am die Lippen des Jesuiten spielte ein feines und unmerkliches Lächeln. Er neigte bedächtig den Kopf.

„Meine Tochter, es ehrt ihr Herz und ihre reine Seele, aber sie macht sich Sorgen, wo keine sind. Der Cavalier de Solms ist wirklich in ibleter Gesellschaft und hat eine unbegreifliche Freundschaft für diesen nun verhafteten Studenten Weiser, der ein ganz arger Feind der menschlichen Gesellschaft ist, wie leider Gottes jetzt fast alle junden Kerle und Studiosi. Nur diese Freundschaft hat den von Solms ins Unglück gebracht, aber er scheint nicht unentbar zu sein. Er war früher ein guter Sohn der Kirche.“

„Wie kann man ihn nur wieder zum Guten lenken?“

„Am besten könnte sie das selbst, meine Tochter. Der Cavalier de Solms, der gut erzogen war, ist jetzt ohne Vertrauen zur heiligen Kirche. Aber...“

„Ich soll ihn sehen?“ unterbrach klopfenden Herzens Nison, „Sie kennen ihn! Sie bringen ihn mit?“

Vor innerer Erregung war sie aufgesprungen und hatte den Priester bei beiden Händen gefaßt. Dieser hielt ihren freudig erregten Blick ruhig aus und schüttelte den Kopf.

„Ich kenne ihn nur, soweit es meine Pflicht ist, die meiner Seelsorge anvertraute Herde zu kennen. Aber...“

„Sprechen Sie, sprechen Sie“, rief die Sängerin voll neu aufflammender Hoffnung.

„Sie können ihm einen großen und wichtigen Dienst erweisen und damit ihn retten und auf — er lächelte etwas zweideutig — seine Dankbarkeit rechnen.“ Dann fuhr er leiser fort:

„Man hat mir heute morgen Schriften gebracht, die ihn

schwer kompromittieren, wenn es seine Vorgesetzten wissen, daß er sie befaßt und studiert hat. Er ist wirklich in schlechter Gesellschaft gewesen. Wenn er diese Schriften...“

„Durch mich zurückberufen!“ jubelte Nison, die sofort den Blau durchschaute. — „Vater Kaver, Sie sind charmant, Sie sind aimable, nein, Sie sind incroyable“, und sie sprang ihm geradezu an den Hals und wirbelte mit ihm im Zimmer umher, bis er erschöpft auf dem Ruhebett niederfiel.

„Woher haben Sie die Schriften? Haben Sie sie hier?“

Er meinte ab.

„Ein Weichtind, dem sein natürliches und reines religiöses Empfinden sagte, daß solche Schriften im Haus nur Unglück bringen können, hat sie der Kirche übergeben, um den Fehler gut zu machen, daß man sie vor der Polizei verstecken wollte.“

„Ein Weichtind! Regina!“

Der Priester war trotz aller Beherrschung diesem feinen Empfinden nicht gewachsen. Aus seinen Augen las sie etwas wie Befahrung.

„Sie kennen Regina! Dieses Mädchen ist mitverwickelt. Oha, sie hat ihn ins Unglück gestürzt! Ah, diese Herze! Wie ich sie hasse!“ Nison prubelte das hervor mit geballten Händen und blickenden Augen, nun sagte sie einen Entschluß.

„Vater Kaver, ich kann es Ihnen nicht verschweigen — jener Reinhard ist mir sehr wert und wenn Sie mir beistehen, ihn zu erringen, haben Sie meine ewige Dankbarkeit. Jeden Gehdienst, den Sie für die Gesellschaft Jesu wünschen, alles will ich tun. Aber geben Sie mir die Schriften und lassen Sie Solms wissen, daß ich sie habe und daß alles von mir abhängt.“

In dem Gesicht des Professors trat ein kalter, herabwürdiger Zug an die Stelle des bisher beharlich festgehaltenen wohlwollenden Lächelns — er stand auf, sah prüfend auf die heiße, von ihren Leidenschaften aufgepeitschte Frau und begann dann kühl und vorsichtig:

„Nison“ — er nannte sie plötzlich unverschämte vertraulich bei ihrem Kosenamen — „Sie haben mir wider meinen Willen ein großes und gefährliches Geheimnis entlockt. Den Vätern unserer Gesellschaft steht es ganz fern Politik zu betreiben, wir haben nur einen Zweck, das Seelenheil und Wohl der sich uns Anvertrauenden zu behüten.“

(Fortf. folgt.)

die rumänische Lage zu beraten, wird bekanntgegeben, daß die Vereinigten Staaten Rumänien durch Vermittlung Rußlands drei Millionen Dollar vorstrecken.

Japanisch-amerikanisches China-Abkommen

Peking, 5. November. (Reuter-Meldung.) Der japanische Gesandte Gajashi teilte dem Minister des Auswärtigen mit, daß Hihii und Lansing am 2. November ein Abkommen unterzeichnet haben, in dem die Vereinigten Staaten die besonderen Interessen Japans in China anerkennen und in dem die Vereinigten Staaten und Japan nochmals den Grundsatz der offenen Tür für China bestätigen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 5. November.

In der nördlichen Nordsee wurden neuerdings von einem unserer Unterseeboote fünf Dampfer versenkt, vier davon wurden aus Geleitzügen, die zwischen Norwegen und England fuhr, herausgeholt; der fünfte verbleibende Dampfer war bewaffnet und fuhr einzeln unter Sicherung.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kopenhagen, 6. November. „Nationaltidende“ meldet über Kristiania aus Bergen, daß die deutschen Unterseeboote nun dicht an der englischen Küste operieren. Die gestern aus England in Bergen eingetroffene Besatzung des torpedierten norwegischen Dampfers Seander (2908 Br.-M.-Z.) erzählt, daß der Dampfer nur 1/4 Seemeilen von der englischen Küste entfernt versenkt wurde.

Paris, 5. November. Die „Temps“ meldet, hat der Präsident von Brasilien in einer Botschaft an den Kongreß mitgeteilt, daß zwei neue brasilianische Kriegsschiffe, Acary und Guahya, von deutschen U-Booten in den Gewässern von Kap St. Vincent versenkt worden sind. Die Schiffe hatten Kaffee, Leder, Fleisch und Getreide geladen und waren unterwegs nach Le Havre. Zwei Matrosen sind umgekommen, vier verletzt worden. Acary ist das frühere deutsche Schiff Eberburg (4276 Br.-M.-Z.), Guahya hieß früher Hohenhausen (6450 Br.-M.-Z.).

Zum Seetreffen im Kattegatt.

Kopenhagen, 6. November. In Falkenberg (Schweden) ist mit der Beladung des letzten Freitag im Kattegatt versenkten Geleitzugers Fischdampfers Julius Weising gestern ein Verhör abgehalten worden. Alle geretteten deutschen Seeleute erklärten auf das Bestimmteste, daß der von britischen Schiffen in Grund geschossene Fischdampfer vollkommen unbewaffnet gewesen ist und daß sich weder Waffen noch Munition an Bord befunden haben. Dasselbe gelte auch von den übrigen versenkten deutschen Fischdampfern. Die deutschen Seeleute sollen von Schweden freigegeben werden, wenn sich ihre Aussagen bestätigen.

Ein englisch-holländischer U-Boot-Streitfall.

London, 5. November. (Reuter.) Im Unterhause fraute Hunt, ob die Matrosen des britischen Unterseebootes E 17, das vor einiger Zeit außerhalb der niederländischen Gewässer gestrandet sei, in Holland interniert worden seien, und ob das deutsche Unterseeboot, das seinerzeit in Holland interniert wurde, ebenso wie seine Besatzung wieder freigelassen worden sei. Walfour erwiderte, die erste Frage könne er bejahen. Was den zweiten Fall betreffe, so seien die deutschen Matrosen freigelassen worden, weil die niederländische Regierung nach einer Untersuchung vor dem Internationalen Gerichtshof entschieden habe, daß das Unterseeboot zu Unrecht interniert worden sei. Die Gründe für die Freilassung des deutschen Unterseebootes seien der britischen Regierung gegenüber nicht genügend aufgeführt worden und die ganze Angelegenheit werde im Zusammenhang mit dem Falle des E 17 weiter erwogen.

Die Lage bei Gaza.

London, 5. November. (Reuter.) Das Kriegsamt teilt mit: Die Operationen gegen Gaza werden fortgesetzt und wir stehen in Fühlung mit dem Feinde nördlich Beerleba. Die Gesamtzahl der von und seit Beginn dieser Operationen gemachten Gefangenen beträgt nunmehr 207 Offiziere und 2425 Mannschaften anderer Grade.

Konstantinopel, 5. November. Amtlicher Tagesbericht vom 4. November. Sinaifront: Unverändert, an den übrigen Fronten keine besonderen Ereignisse.

Kleine Kriegsnachrichten.

Italienbomben auf das Antwerpener Volkshaus. Wie der „Sozialistische Welt“ vom 3. November in seinem belgischen Teile berichtet, haben englische und französische Luftzeuge Antwerpen angegriffen, wobei das „Sozialistische Volkshaus“ zerstört und 18 Parteigenossen getötet wurden. Das Blatt fügt hinzu: „Wir protestieren mit aller Kraft gegen diesen ungehörigen, nicht gerechtfertigten — den Angriff auf die Leben der achtzig Antwerpener Parteigenossen Parbaarschheid en niets anders!“

Englischer Bericht aus Ostafrika. Im Westgebiet wurden kleinere deutsche Aufklärungsabteilungen durch eine zusammengefaßte Unternehmung britischer und belgischer Decretesleuten ostwärts vertrieben. Im Südsüdküste haben unsere Truppen in Fühlung mit der feindlichen Hauptmacht zwischen Sabiwa, 8 1/2 Meilen südwestlich von Ruanga, und Lufolebi. Eine belgische Decretesabteilung aus der Richtung Kilwa hat Siwale erreicht.

Was ist mit Polen geplant?

Wie der „Lokal-Anzeiger“ wissen will, ist in der vorgeschrittenen Kronratsabstimmung auch die endgültige Regelung der polnischen Frage behandelt worden. Ein angeblich gut unterrichteter Gewährsmann legt nun in dem Blatt die Gesichtspunkte dar, die hierbei auf polnischer Seite maßgebend sein sollen. In dem Artikel heißt es:

Wäre man der Kombination Raum geben, welche in der allerletzten Zeit wieder in den Vordergrund gerückt ist, nämlich einer Angleichung Polens an Oesterreich-Ungarn, so würde die verbündete Monarchie einen erheblichen Kräftezuwachs erfahren, dem eine entsprechende Ausdehnung der deutschen Reichssphäre im Osten gegenübersteht werden dürfte. Die Gebiete, die hier für eine Angleichung an Deutschland in Frage kommen, sind Kurland und Litauen.

Im weiteren gibt der Gewährsmann des „Lokal-Anzeigers“ noch Einzelheiten zu diesen Plänen. Oesterreich-Ungarn soll aus einer dualistischen eine tripartitischen Monarchie werden, wobei Polen mit Einschluß von Galizien als dritter Staat zu Oesterreich und Ungarn unter habsburgischer Personalunion hinzutreten sollte. Die Bestimmung der polnischen Verfassung, wonach der König im Lande wohnen muß, soll durch die Verlegung des Hofes nach Warschau für einen Teil des Jahres umgangen werden. Kopfschmerzen macht

dem Gewährsmann nur die Frage der Grenzregulierung zwischen Polen und Litauen.

Bestehen die Pläne wirklich, so kann nicht frühzeitig und energisch genug gegen sie protestiert werden. Ein Anschluß Polens an Oesterreich-Ungarn unter Real- und Personalunion könnte keinesfalls als die Wiederherstellung der polnischen Unabhängigkeit betrachtet werden. Er läme höchstens in Frage, wenn eine ohne jede Beeinflussung vorgenommene Volksabstimmung in Polen sich für einen solchen Anschluß aussprechen sollte. Die Ausdehnung der deutschen Reichssphäre auf Kurland und Litauen wäre vollends eine Handlung, die mit den amtlichen Erklärungen der deutschen Diplomatie, namentlich mit der Antivortnote an den Papst sowie mit der Reichstagsresolution vom 19. Juli in schroffem Widerspruch stehen würde. Hier handelt es sich um nur sehr notdürftig bemantelte annexionsistische Pläne, von denen das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit nichts wissen will.

Clas an die Krone.

Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes ist durch die Umstände, unter denen Hertling Reichskanzler wurde, in höchste Aufregung versetzt worden und macht seiner Bessermung in einem an die Krone gerichteten Artikel Luft. Er wirft der Krone vor, leichtfertig ihre verfassungsmäßigen Rechte preisgegeben zu haben, wozu sie gar nicht befugt gewesen sei, da diese Rechte gleichzeitig öffentlich-rechtliche Pflichten gegenüber dem Volksganzen darstellten. Clas schimpft und jammert:

Es wurde zugelassen, daß ehrgeizige Streber, die längst angehört haben, Vertreter des deutschen Volkes in seiner größten und schwersten Zeit zu sein — Leute, die gewählt wurden, als infolge unerhörter Verheerung unser öffentliches Leben entartet war — Raub begingen an den Rechten des Kaisers und Königs, die dem Volksganzen gegenüber, richtig betrachtet, gleichfalls Pflichten sind.

Verwunderungsvoll fragt sich Clas, wie dies habe geschehen können. Ihm bleibt zur Erklärung dieses Vorgangs nur eine Wahrscheinlichkeit, daß die Krone nur „Leute des Hofes“ befragt, „wirklich politische Berater“ aber nicht gehört hat. Damit stoßen wir auf die alte Klage der Königsstreuer, daß ihnen der Weg zum Throne dauernd versperrt sei, so daß die Wahrheit dortin nicht oder nur verzerrt vordringe.“ Dann wird Herr Clas deutlicher:

Diese Verleumdung halten wir für längst erwiesen, und es hilft auch da nichts, an den Dingen vorbeizurennen; man muß sie bei Namen nennen. Und Namen sind in diesen Tagen genannt oder angedeutet worden. Personen der nächsten Umgebung des Kaisers, die ständig um ihn sind, die Vorsteher des Geheimen Zivil- und des Marinekabinetts v. Valentini und v. Müller werden dafür verantwortlich gemacht, daß die Wahrheit und Wirklichkeit dem Kaiserlichen Friedrich fern bleibt, der der wahrhaftigste aller Könige war.

Diese Klagen aus alldeutschem Munde sind ja nicht neu, sie haben aber einen eigentümlichen Reiz. Schlimmer können die alldeutschen Reaktionen das System, für das sie angeblich kämpfen, gar nicht diskreditieren, als durch diese Beschwerden. Wenn sie behaupten, daß es der Umgebung des Monarchen möglich sei, diesem die Wahrheit vorzuenthalten und zu verhindern, daß gewisse Ansichten zu ihm gelangen, so ist das alles an andere als eine Empfehlung des heutigen Systems und kann nur dazu führen, der Forderung auf Einführung des Parlamentarismus doppeltes Gewicht zu verleihen.

Ein Militarist für Abrüstung.

Der Kriegshistoriker i. Berliner Universität, Professor Hans Delbrück, glaubt an die Notwendigkeit der Abrüstung wegen der besonderen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nach dem Kriege. Er schreibt in den „Preussischen Jahrbüchern“:

Ich bin für die Abrüstung, weil erstens, wenn sie nicht kommt, die wirtschaftlichen Lasten jetzt in der Tat sehr groß werden müssen. Die Kosten selbst werden sehr viel größer sein als vor 1914 und die Volkswirtschaft ist ohnehin mit der Verzinsung der Kriegsschulden schon fast überfordert. Ich bin zweitens für die Abrüstung, weil ich hoffe und glaube, daß der Krieg am Schluss Verhältnisse schaffen wird, die auf lange hinaus sich friedlich erhalten lassen und erhaltenwert sind. Ich bin drittens für die Abrüstung, weil Deutschland bei gleichmäßiger Einschränkung aller Staaten zu Lande und zu Wasser weniger bedroht ist als andere und deshalb der Welt die Wohltat nicht verlagern darf.“

Dieses Bekenntnis zur Abrüstung ist deshalb besonders eindrucksvoll, weil der Verfasser gegen die grundsätzlichen pazifistischen lebhaften Widerwillen hegt und den Krieg als eine motorische Kraft der menschlichen Entwicklung feiert.

Zur Frage der Kriegsentuschädigung.

In einem langen Fortsetzungsaufsatz des roten „Tag“ sucht der Wirk. Geh. Rat Dr. Karl Binding, der bekannte frühere Leipziger Universitätsprofessor, die Forderung einer Kriegsentuschädigung, die Deutschland von seinen Gegnern verlangen müsse, rechtlich und moralisch zu begründen. Geh. Rat Binding tritt im Prinzip durchaus für eine Kriegsentuschädigung ein und sucht die dagegen erhobenen Einwände zu entkräften. Aber nachdem er dies in mehreren hundert Druckzeilen getan hat, schließt er gleichwohl seinen Artikel mit folgendem Bekenntnis:

Das aber ist richtig: eine Verlängerung des Krieges bewirken, lediglich um Ertrag der Kriegskosten zu erlangen, hieße handeln wie Frankreich, das trodenen Auges der Verwüstung seiner herrlichsten Provinzen zuschaute, geröstet durch das Trugbild der Wiedererlangung der früher ihm so gleichgültigen Lande Eliaß und Lothringen.

Ob Professor Binding beim Schreiben dieser Schlusszeilen nicht selber ein wenig die Empfindung gehabt hat, daß seine ganze vorangehende Theorie etwas Streif und des Kaisers Bart war?!

Die Vaterlandspartei im Postamt.

Genosse Landsberg bittet uns um Abdruck folgender Zuschrift:

In meiner Reichstagsrede vom 6. v. M. habe ich erwähnt, daß auf einem in Breslau veröffentlichten Aufruf gegen die Reichstagsmehrheit die Vaterlandspartei, Postdirektor Linde nebst 78 Beamten des Postamts 1* zu lesen sei und habe diese Art der Unterzeichnung, die ich auf Herrn Linde zurückführen mußte, kritisiert. Herr Linde schreibt mir, daß der von mir gerügte Vermerk nicht von ihm herrühre. Er hat, wozu er sich merkwürdigerweise für berechtigt gehalten zu haben scheint, den Aufruf, nachdem er ihn unterschrieben hatte, in den Räumen des ihm unterstellten Postamtes unter den dort beschäftigten Beamten umlaufen lassen, wozu 78 der letzteren ihre Namen hinter denjenigen ihres Vorgesetzten schrieben, und hat dann die Liste den Verfassern des Aufrufs zurückgeschickt. Jemandem Stelle, die die Veröffentlichung desselben in der Presse vorbereitete, erschien

die Kambakmachung der unterzeichnenden Untergebenen des Herrn Linde überflüssig, und sie ersetzte sie durch den von mir mitgeteilten Satz, Herrn Linde trifft also aus diesem Anlaß kein Vorwurf, und die kritische Bemerkung, die ich wegen der Form der Unterzeichnung über ihn gemacht habe, war an eine unrichtige Adresse gerichtet.

Normaldeutsche gegen Alldeutsche.

Reichstagsabg. Genosse Meerfeld aus Köln sprach in drei sehr stark besetzten Versammlungen in Eßlingen, Fellbach und Zuffenhausen im Württembergischen über „Verständigungs-friede oder Machtfriede?“ Die Versammlungen stimmten den Ausführungen gegen das kriegsverlängernde Treiben der Alldeutschen demonstrativ zu. Am vergangenen Sonntag sprach Meerfeld im überfüllten Saal in Vöhringen. Die 7-8000 Bergleute bekundeten ihr Einverständnis mit seinen Ausführungen durch stärke Zustimmungskundgebungen.

Bundesrat und Hilfsdienstgesetz.

In der Sitzung des Bundesrats vom Dienstag gelangten zur Annahme: die Vorlage, betreffend Grundzüge für die Regelung des Hebammenwesens, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend weitere Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst und der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Ergänzung der Bekanntmachung über Zigarettenabak vom 20. Oktober 1917.

Industrie und Handel.

Neue große Ausdehnung der Diskontogesellschaft.

In der am Dienstag abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Direktion der Diskontogesellschaft wurde auf Antrag der Geschäftsinhaber beschlossen, einer auf den 10. Dezember 1917 einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung den Vorschlag zu unterbreiten, das Kommanditkapital um 10 000 000 M. vom 1. Januar 1917 ab dividendenberechtigter Kommanditanteile zu erhöhen und eine von den Geschäftsinhabern mit dem Magdeburger Bankverein vereinbarte Verzinsung herbeizuführen. Der Aufsichtsrat genehmigte ferner die von den Geschäftsinhabern mit der Westfälisch-Lippischen Vereinsbank A. G. in Bielefeld, mit der Westdeutschen Vereinsbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien der Post u. Co., Münster i. W., dem Cronauer Bankverein Ledebor, ter Horst u. Co. in Cronau und dem Rheinischer Bankverein Ledebor, Drüchen u. Co. in Rheine i. W. getroffenen und von den Aufsichtsräten derselben genehmigten Vereinbarungen, wonach das Vermögen auch dieser Gesellschaften, von denen die drei letztgenannten untereinander in enger Verbindung stehen, als Ganzes ohne Liquidation auf die Diskontogesellschaft gegen Gewährung von Kommanditanteilen übergehen soll. Unter Berücksichtigung der Aktienbestände, welche die Diskontogesellschaft sich gesichert hat, ermächtigt sich der zur Durchführung dieses Umtausches aller vorerwähnten Aktien erforderliche Betrag an Kommanditanteilen dergestalt, daß die Erhöhung des Kommanditkapitals der Diskontogesellschaft auf 10 000 000 M. begrenzt werden konnte.

Letzte Nachrichten.

Das Stadium der Mißverständnisse?

Amsterdam, 6. November. Aus London wird berichtet, daß Balfour im Unterhause erklärte, er hoffe, daß die Konferenz der Alliierten, die sich mit der Fortsetzung des Krieges beschäftigen werde, Mitte November stattfinden werde. Er könne im Augenblick keine Mitteilungen über die Kriegsziele machen. Er hoffe, daß bei der russischen Regierung kein Mißverständnis bezüglich des Zwecks der Konferenz herrsche.

Westlich des Tagliamento.

Wien, 6. November. Aus dem Kriegspressequartier wird am 6. November abends mitgeteilt: Unsere Operationen westlich des Tagliamento und in den Dolomiten schreiten erfolgreich vorwärts.

Die Plünderung von Udine.

Berlin, 6. November. (B. L. B.) Wie am frühen Morgen des 28. Oktober nach der Flucht des italienischen Großen Hauptquartiers weittragende deutsche Plündererzüge ihre schweren Granaten auf Udine warfen, brach die Panik in der unglücklichen Stadt aus. Wie vor hereinbrechender Hochflut strömte alles hin- und fassungslos aus dem Ort nach Westen. Nachdem die letzten italienischen Truppen bereits zahlreiche Geschosse erbracht, wagte sich jetzt auch das lichterloh brennende Udine hervor und begann ein wildes Plündern. Als die Feinde nachrückten, fanden sie eine verwüstete Stadt. In kurzer Zeit änderte sich das Bild. Auf den Straßen marschierten Hunderte, Tausende von Gefangenen ein. Die gefangenen Italiener, die seit Tagen keine Verpflegung erhalten, machten sich über die auf den Straßen verstreuten Vorräte her, schleppten aus den erbrochenen Köben Lebensmittel und Wein herbei, und bald begann auf den Straßen ein groteskes Schmausen und Trinken, bis das einrückende deutsche Oberkommando energisch eingriff und den ganzen Gefangenenhaufen kurzer Hand aus der Stadt hinausführen ließ.

Terejschenko im Vorparlament.

Petersburg, 6. November. (Petersburger Telegraphenagentur. Vorparlament Schluß.) Terejschenko sagte weiter: Freilich wäre es falsch, zu glauben, daß die kriegsführenden Länder — ich spreche von denen der Entente — nicht den Frieden wollen. Jeder erstrebt ihn. Wir müssen — aber auf allen Seiten — einen Frieden ohne Annexionen erstreben, was indessen jede Seite, um dieses Ziel zu erreichen, wird erklären müssen. Es sind zwei Vorbedingungen notwendig. Erstens muß das Werk des inneren Wiederaufbaus des Heeres fortgesetzt werden müssen. Zweitens müssen diejenigen, die sich auf der Konferenz befinden werden, fühlen, daß das ganze Land hinter ihnen steht. (Lebhafte Weisung.)

Alle vernünftigen politischen Elemente müssen dieses Volksgewissen schaffen, das kämpft und leidet, aber nicht in die Kniee stürzend erklärt, daß es gleichviel zwischen Frieden annimmt.

Nach der Rede Terejschenkos wurde die Erörterung der auswärtigen Politik unterbrochen, um eine bringende Interpellation darüber zu erörtern, weshalb die vorläufige Regierung den verbündeten Staaten nicht die Ausdrückung Rußlands als Republik mitgeteilt habe.

Das Unglück von Grünau vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 6. November. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Schiffsführers Gottlieb Kanwischer in Berlin, der vom dortigen Landgericht I am 3. Januar wegen fahrlässiger Tötung und des auf Fahrlässigkeit zurückzuführenden Sinkens eines Schiffes am 28. Juli 1916 auf der Oderspree bei Grünau, wobei 22 Personen den Tod fanden, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist.

Die Einigung der Technikerverbände.

Innerhalb der Privatangestelltenvereine darf man die Techniker als diejenige Berufsgruppe ansehen, bei der der gewerkschaftliche Organisationsgedanke am meisten Boden gefunden hat. Sie hatten sich bereits etwa zehn Jahre vor Kriegsausbruch im „Bund der technisch-industriellen Beamten“ eine schlagfertige Gewerkschaft geschaffen, die von Anfang an für das großindustrielle Unternehmertum der bestgehögten Angestelltenverband war. Daneben besteht der wesentlich ältere „Deutsche Techniker-Verband“, der ursprünglich mehr technischer Fachverein war, sich aber im Konkurrenzkampf mit dem „D. T. V.“ ebenfalls bis zu einem gewissen Grade dessen Tendenzen näherte. Als wesentliche Unterschiede der beiden Verbände sind heute noch vorhanden: die Zusammenlegung der Mitgliedschaften und die Stellungnahme zur Inanspruchnahme der gewerkschaftlichen Kampfmittel. Der D. T. V. organisiert die selbstbetrieblenen technischen Staats- und Gemeindebeamten zusammen mit den technischen Privatangestellten; er hat mit Rücksicht auf die an Zahl überwiegenden Beamten in den Sitzungen einen

weitgehenden Verzicht auf das Streikrecht

ausgesprochen. Der D. T. V. organisiert grundsätzlich nur Privatangestellte; er nimmt seinen Sitzungen gemäß alle Kampfmittel der solidarischen Selbsthilfe, insbesondere auch das Arbeitsniederlegung beziehungsweise der solidarischen Kündigung für die Techniker in Anspruch.

Kurz nach Kriegsausbruch hat sich dann im Anschluß an einen inneren Konflikt im D. T. V. noch eine Oppositionsgruppe abgespalten und im Jahre 1915 die dritte Technikervereinigung, den „Bund der technischen Angestellten“ begründet.

Inzwischen kamen die Kriegswirkungen, die in allen Teilen der Arbeitnehmer, wie der Arbeitgeberorganisation einen starken Drang zur Vereinheitlichung erzeugten. Sowohl innerhalb der Hauptströmungen der organisierten Arbeiter, wie unter den Angestelltenverbänden und schließlich auch zwischen

Arbeitergewerkschaften und Angestelltenbewegung

war eine engere Fühlungnahme erfolgt. Unter den organisierten Ingenieuren und Technikern kam der Wille zur Einheitsorganisation besonders deutlich zum Ausdruck. Einmal hatte sich das Dienstvertragsrecht der technischen Angestellten gerade in der Kriegszeit in seiner ganzen Unzulänglichkeit offenbart, dann konnte die Kriegssozialpolitik der Reichsregierung keine Zufriedenheit schaffen und schließlich hatten die Angestellten infolge ungenügender Bezahlung unter der Kriegsteuerung am meisten zu leiden. Auch das Verhalten der Unternehmer in der Kriegszeit, wie die nach Friedensschluß bevorstehenden gewaltigen Organisationsaufgaben mußten den Wunsch nach weitgehender Stärkung der sozialen Interessensvertretung auslösen. Der so gefördernte Einigungsgedanke fand dann seinen Niederschlag in einer Schrift „Auf neuer Bahn“, die ein aus den drei Kreisgruppen in Kiel gebildeter Einigungsausschuß im ganzen Lande vertriebt. Das Ziel der Kieler Einigungsbewegung sollte die Verschmelzung der drei Verbände zu einem Einheitsverbande sein.

Die besonderen Kriegsschwierigkeiten hatten die Klärung der von Kiel aufgeworfenen Frage sehr erschwert. Die überwiegende Zahl der Mitglieder stehen unter den Fahnen, so daß sie bei einer

während des Krieges durchgeführten Verschmelzung keine Möglichkeit hätten, ihren Einfluß auf eine derartige völlige Umwälzung der Organisationsgrundlagen ihrer Verbände geltend zu machen. Nach den bestehenden Verfassungsbestimmungen steht auch nur den Verbandstagen das Recht zu, Änderungen der Satzungen zu beschließen. Aus diesen Erwägungen heraus lehnte auch der Vorstand des Deutschen Technikerverbandes eine Erörterung der

Verschmelzungfrage

im Verbandsorgan ab und erklärte im Mai 1917: „Der Geschäftsführende Vorstand hat leinerseits zu der Frage der Verschmelzung nicht Stellung genommen. Er hält den gegenwärtigen Zeitpunkt hierfür nicht geeignet weil zuerst das Urteil der 17000 im Felde stehenden Mitglieder, denen unter allen Umständen ihr Mitbestimmungsrecht gewahrt bleiben muß, einzuholen ist.“

Gleichzeitig wurde in dieser Erklärung betont, „daß an dem Charakter des D. T. V. als Standesorganisation aller technischen Angestellten und Beamten nicht gerüttelt werden darf.“

Der Vorstand des D. T. V. hatte bereits Anfang des Jahres 1917 in einer besonderen Beilage der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“ den „Mitgliederstimmen“ die Diskussion über die Verschmelzungfrage eröffnet, an der sich auch die im Felde stehenden Bundesmitglieder rege beteiligten. In Übereinstimmung mit dem Ergebnis dieser Diskussion und nach eingehenden Beratungen des Bundesvorstandes selbst wird jetzt die Stellungnahme der Bundesleitung veröffentlicht und ausgedrückt:

„Das Ergebnis der Diskussion in den „Mitgliederstimmen“ hat den Bundesvorstand in seiner Auffassung bekräftigt, daß weder der Krieg noch das begriffliche Streben nach Vereinheitlichung der Angestelltenbewegung dazu führen darf, die bewährten gewerkschaftlichen Grundlagen unseres Bundes ganz oder teilweise aufzugeben und daß deshalb die Zusammenfassung der technischen Privatangestellten und der technischen Beamten unter Preisgabe des Streikrechtes nicht in Frage kommen kann. Bei dieser Tragweite der Verschmelzungfrage kann nur ein nach Friedensschluß abzuhaltender Bundes- oder Industriebeamtenstag dazu berufen sein, einen entscheidenden Beschluß herbeizuführen.“

Der Bundesvorstand will jedoch nach dem weiteren Inhalt seiner Erklärung ungenügend aller grundsätzlichen Trennungslinien, jetzt schon dazu übergehen, eine enge Gemeinschaftsarbeit des D. T. V. und des D. T. V. herbeizuführen.

In der Frage einer Wiedervereinigung des „Bundes der technischen Angestellten“ mit dem alten Bunde hält es der Vorstand für seine Pflicht, dazu beizutragen, die im Interesse der gewerkschaftlichen Technikerbewegung bedauerliche Zerstückelung möglichst noch vor Ablauf des Krieges zu beenden. Er will daher sofort Einigungsverhandlungen mit der abgespaltenen Gruppe einleiten. Diese Verhandlungsbereitschaft entspricht dem Willen der Mitgliedschaften in den beiden Bünden, und da grundsätzliche Unterschiede in der Auffassung des Gewerkschaftsgebäudes bei beiden Teilen nicht bestehen, so müßte es möglich sein, bei gutem Willen auf beiden Seiten die Wiedervereinigung des Bundes der technischen Angestellten mit der Stammorganisation in kürzester Zeit herbeizuführen. Wenn ein solches Ergebnis bald erzielt wird, so hätte sich der Kieler Einigungsausschuß zweifellos ein Verdienst um die Gewerkschaftsorganisation der technischen Privatangestellten erworben.

weitere Erhöhung der Steuerungszulage zu fordern. Die Ortsverwaltung hat demzufolge an den Vorstand der Verleger-Arbeitgeberorganisation in diesem Sinne geschrieben und die Antwort erhalten, die Arbeitgeber könnten sich erst nach Rücksprache mit ihrem Zentralvorstand zu der Angelegenheit äußern. — Die Kunze bemerkte, wird die endgültige Antwort der Arbeitgeber abgewartet werden. Aber die Arbeitnehmer werden mit aller Macht dahin drängen, daß ihnen eine höhere Steuerungszulage (höchstens) bewilligt wird. — Außerdem wird für die Verarbeitung von Papierleinwand und für das Trennen ein besonderer Zuschlag verlangt.

Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschloß, an den Forderungen festzuhalten.

Soziales.

Aus dem Buchdruckgewerbe.

Der Tarif-Ausschuß der Deutschen Buchdrucker, der in den Tagen vom 22.-23. Oktober in Berlin zur Beschlußfassung zusammentrat, hat feststellen müssen, daß mehrfach noch von Auftraggebern, auch von einzelnen Behörden, dem Buchdruckgewerbe diejenigen Preise für Herstellung von Druckwerken noch nicht bewilligt werden, die das Gewerbe verlangen und erhalten muß, wenn es den Anforderungen entsprechen soll, die der Krieg an das Buchdruckgewerbe stellt. Die Erfüllung aller sozialpolitischen Aufgaben und Ziele, die das Buchdruckgewerbe zu pflegen seit langen Jahren sich verpflichtet hält, und auf deren Fortführung der gewerkschaftliche Frieden und die Erhaltung der Arbeitskraft des org. zusammengekauften und durch Arbeitsüberlastung stark mitgenommenen Personals, zum Teil auch die Existenz einer großen Zahl von Buchdruckbetrieben beruht, zwingt zu einer durchgreifenden Erhöhung der Druckpreise.

Der Tarifausschuß hat deshalb festgestellt und anerkannt, daß unter Berücksichtigung der enorm gestiegenen Herstellungskosten für

Anfertigung von Druckwerken ein Aufschlag von mindestens 100 Proz auf die im Buchdrucktarif festgelegten Preise berechtigt und erforderlich ist, und daß überdies die Papierpreise eine zurzeit bis zu 500 Proz. und mehr betragende Steigerung erfahren haben.

Aus allen diesen Gründen hat der Tarifausschuß unter voller Zustimmung der Beschäftigten einstimmig beschlossen, daß die in der Tarifgemeinschaft vereinigte Einigkeit bei Durchführung der vom Tarifausschuß genehmigten Druckpreise mit allen der Tarifgemeinschaft zu Gebote stehenden Mitteln nachdrücklich zu unterstützen sei.

Die Jugendlichen und die Lebensmittelnot.

Am schwersten bedroht sind durch den Nahrungsmittelmangel die Jugendlichen der Großstadt und der großstädtischen Landgemeinden. Über ihren Zustand während des Krieges hat der Chemnitzer Stadtschularzt Professor Dr. Thiele seit längerer Zeit genauere Untersuchungen angestellt, welche die Gefahr der Lage ziemlich deutlich machen. Thiele hat nach seinem Bericht in der „Sozialen Proze“ einerseits die Kinder im ersten Schuljahre, andererseits die Volksschüler vor der Entlassung und dann auch in geringeren Umfange jugendliche Lehrlinge und Arbeiter längere Zeit hindurch getroffen und untersucht. Nach denselben Beobachtungen vorgehend und nach denselben Maßstäben messend hat er folgende Zahlen gefunden:

Genügender Ernährungszustand 1916	93,1 Proz.
1917	91,3
Ungenügender Ernährungszustand 1916	4,9
1917	8,7
Bei den Konfirmanden ergab die gleiche Untersuchung:	
Genügender Ernährungszustand 1916	95,4 Proz.
1917	88,4
Ungenügender Ernährungszustand 1916	4,6
1917	6,5

Im Laufe des letzten Jahres ist also trotz der gewährten Zulage für Jugendliche eine wesentliche Verschlechterung ihres Ernährungszustandes eingetreten.

Interessant sind die Beobachtungen Thieles darüber, welche Klassen von Kindern von dem Lebensmittelmangel am schwersten betroffen wurden. In der ersten Untersuchungszeit — Herbst und Winter 1916 — waren es die Kinder der bemittelteren Kreise, die an Körpergewicht am stärksten verloren, weil die Wurst-, Eier- und Fleischsalaten zum Frühstück fortfielen, an die sie gewohnt waren. Die Kinder der Arbeiter erhielten damals fast ausschließlich die gleiche fleischarme und kartoffelreiche Kost, auf die sie schon immer angewiesen waren. Im Winter 1916 und Frühjahr 1917 blieben dann am stärksten die Kinder der kleinen Beamten, Lehrer und selbstbetrieblenen zurück. Den Grund dafür erblickt Thiele in dem außerordentlichen Steigen der Preise namentlich der marktreifen Lebensmittel, welche den Festbesoldeten dadurch unzugänglich wurden, während die Kinder der Schwerkraft und anderer Kreise mit höheren Löhnen oder Einnahmen als die Unterbeamten durch Sonderzuweisungen und Zuläufe zu den Rationen recht günstig abschnitten. In neuester Zeit erscheinen am stärksten die Kinder gefährdet, denen zu Hause die Ordnung fehlt, insbesondere also wohl die, deren Mütter auf Arbeit gehen. Hier ist die Ausnutzung der Rationen ungenügend und der Kraftverbrauch durch vielen Aufenthalt auf der Straße und nicht rechtzeitiges Zubereiten zu stark. Den Ernährungszustand der Fortbildungsschüler fand Thiele im allgemeinen befriedigend, da sie meist in Munitionswerkstätten beschäftigt sind.

Eine allgemeine Zunahme der Krankheitsfälle hat Thiele bei der Jugend nicht beobachten können. Während bei den Erwachsenen Wasserkrucht, Perz- und Nierenkrankheiten und eingeklemmte Rippen infolge des übermäßigen Fettverlustes und der stark wasserhaltigen Ernährung häufiger sein sollen, hat Thiele bei den Jugendlichen weder darin noch bei den Anstehungskrankheiten eine besondere Zunahme konstatieren können. Schlimm ist nur die Ausbreitung der wichtigsten Kinderkrankheit, der Tuberkulose, und ihrer Vorstufe, der Miliarium, worüber Thiele folgende Zahlen gibt:

	1913	1916	1917
Schulanfänger Miliarium	22,48	22,60	28,50
Tuberkulose	1,07	2,10	2,85
Konfirmanden Miliarium	21,74	30,90	31,20
Tuberkulose	1,51	4,17	4,90

Es leiden also unter der Rohrnahrungsmittelnot in besonders gefährlichem Maße die kranken und kränklichen Kinder und für sie fordert Thiele in erster Linie Milch und Fett in möglichst weitem Umfange. Im übrigen empfiehlt er allgemein den Verzicht auf Sportwanderungen und Leibesübungen, da sie bei der jetzigen Ernährungsweise dem Gebot der Sparsamkeit mit Kalorien widersprechen. Sein Ruf: „Hilfe für die gesundheitlich gefährdeten Jugendlichen!“ wird hoffentlich Gehör im Reichsernährungsamt finden.

Eingegangene Druckschriften.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1915. 15. Sonderheft zum Reichs-Luftschriftblatt. 1,80 R. Carl Oehmanns Verlag, Berlin.

Hlemmings Spezialkarte des Nordischen Kriegsschauplatzes. Atlaskarte Nr. 42. 1,25 R. Carl Hlemmings Verlag A.-G., Hlogau und Berlin.

Kolonial- und Reichskonferenzen. Von Dr. Paul Rejume-Jung. Carl Oehmanns Verlag, Berlin.

Verantwortlich für Politik: Erich Guttmert, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Krefeld; für Unterseite: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Socodris Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungblatt.

Die Teuerungszulage der Schneider.

Mit den Teuerungszulagen, die kürzlich durch Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen der Arbeitgeber- und der Arbeiterorganisationen festgelegt wurden, sind die Berliner Herren- und Damen-Schneider nicht zufrieden. Die Kunze am Montag in einer stark beanstandeten Versammlung der Herrenschneider ausführte, hat die Unzufriedenheit folgende Gründe: Befördert wurde eine erneute Teuerungszulage von 25 Proz. des Lohnes. Im Verhältnis zu den jetzigen Kosten des Lebensunterhalts ist diese Zulage zwar nicht ausreichend, die Schneider würden sich aber damit begnügt haben. Nun ist die Zulage in der Weise gewährt worden, daß nicht ein Prozentlag gezahlt, sondern auf die einzelnen Stücklöhne ein bestimmter, nach den verschiedenen Tarifpositionen abgestufter Geldbetrag gewährt werden soll. Diese Zuschläge sind für das ganze Reich gleichmäßig festgelegt ohne Rücksicht auf die besonderen örtlichen Verhältnisse. In Berlin — ebenso im Rheinland — sind die Lebensmittelpreise wesentlich höher als in anderen Gegenden des Reiches. Abgesehen davon, wird in Berlin eine besonders sorgfältige Arbeit verlangt. Ein Berliner Schneider kann also in der Woche nicht so viele Stücke anfertigen, wie sein Kollege in der Provinz, wo nicht so sehr Anforderungen an die Qualität der Arbeit gestellt werden. Dadurch wird also die wöchentliche Zulage des Berliner Schneiders geringer als die seines Kollegen in der Provinz. Da in Berlin ein der sorgfältigeren Arbeit entsprechender höherer Stücklohn gezahlt wird als in der Provinz, hier wie dort aber der gleiche Stücklohnzuschlag maßgebend sein soll, so bekommen also die Berliner eine prozentual wesentlich niedrigere Zulage als die in Provinzorten Beschäftigten. Für die Berliner Herrenschneider beträgt die jetzt bewilligte Teuerungszulage höchstens 10 Prozent, sie bleibt also hinter der gestellten Forderung so erheblich zurück, daß die Kollegen damit nicht zufrieden sein können. Das hat auch eine vor einigen Tagen abgehaltene Vertrauensmänner-Versammlung einstimmig ausgesprochen und beschlossen, eine

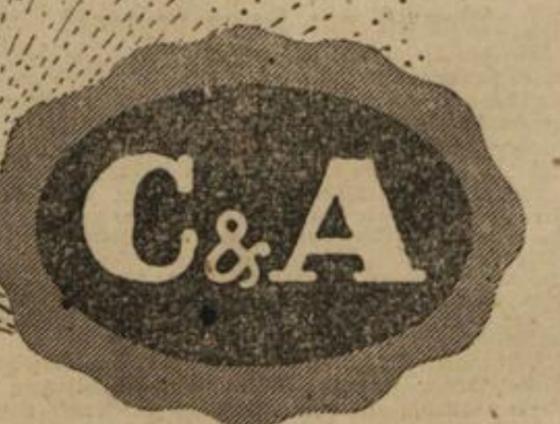
In 5 Minuten

werden Sie in unseren Geschäften die Überzeugung gewinnen, daß Sie zum Einkauf von

Damenkleidung

an der richtigen Stelle sind.





Königstraße 33 Chausseestraße 113

Am Bahnhof Alexanderplatz Beim Stralauer Tor

Sonntags geschlossen!